

AMS

Arbeitskreis Militär und
Sozialwissenschaften

Newsletter

**04/
2004**

IMPRESSUM

Der AMS-Newsletter ist das Mitteilungsorgan des Arbeitskreises Militär und Sozialwissenschaften. Er erscheint viermal jährlich. Mit Namen gekennzeichnete Beiträge sind jeweils Meinung des Verfassers und müssen nicht derjenigen der Redaktion entsprechen.

Für den Inhalt der vorliegenden Ausgabe sind verantwortlich:

Dr. Paul Klein
Heimhauserstr. 21
85716 Unterschleißheim
Tel.: (089) 31 02 977

Dr. Gerhard Kümmel
c/o Sozialwissenschaftliches Institut d. Bundeswehr
Prötzeler Chaussee 20
15344 Strausberg
Tel.: (03341) 58-1837

Beitragszahlung € 30,- an:

AMS/Brecht, Sparda-Bank West e.g, Düsseldorf, BLZ 370 605 90, Konto Nr.: 774365
Rückfragen an R. Brecht, Streitkräfteamt Bonn, Tel.: 0228/12-2663

MITTEILUNGEN DES VORSTANDES

Werte Mitglieder!

So kurz nach dem letzten Newsletter schon wieder eine neue Ausgabe. Diese steht weitestgehend im Zeichen unserer anstehenden Jahrestagung, die vom **12.-14. November 2004** in der **Georg-von-Vollmar-Akademie – Schloss Aspenstein in Kochel am See** (zwischen München und Garmisch-Partenkirchen) stattfinden wird und zu der wir Sie herzlichst einladen möchten. Das Thema wird sein: **Ein Job wie jeder andere? Zum Selbst- und Berufsverständnis von Soldaten.**

Dieser Newsletter enthält die Infos zur Tagung, d.h. zum Tagungsort, zum Programm und zu den Kosten. Anmeldungen für die Teilnahme an der Tagung werden erbeten bis spätestens

Freitag, den 22. Oktober 2004.

Auf der Jahrestagung wird wie gewohnt auch eine Mitgliederversammlung stattfinden, zu der wir Sie ebenfalls recht herzlich einladen möchten und deren Ablauf sie diesem Newsletter entnehmen können.

Darüber hinaus enthält dieser Newsletter natürlich wieder einige Rezensionen und eine ganze Reihe News.

Der Vorstand des AMS wünscht Ihnen wie immer viel Freude beim Lesen dieses Newsletters. Bleiben Sie dem AMS gewogen!

Für den Vorstand,

Gerhard Kümmel

MITGLIEDSCHAFT BEENDET

Robert Kettel
Helmut Kruse

ANSCHRIFTENÄNDERUNG

Sönke Brecht:	Schwabenstraße 7, 86916 Kaufring
Michael Küllmer:	Auf dem Salzmannstale 30, 37287 Wehretal
Fabian, Virchow:	Nonnenrain 2, 99096 Erfurt
Matthias Engelke:	Steeperstraße 34, 41334 Nettetal-Lobberich

UNBEKANNT VERZOGEN

Volker-Herbert Burggraf
Oster, Hans-Jörg
Pucher, Johann,
Beschnid, Peter

MITGLIEDERVERSAMMLUNG DES AMS

Der AMS lädt zu einer Mitgliederversammlung im Rahmen der diesjährigen Jahrestagung ein. Die Versammlung findet statt am Samstag, den 13. November 2004, von 16:00 bis 18:00 Uhr in der *Georg-von-Vollmar Akademie* in Kochel am See.

Tagesordnung

- (1) Eröffnung der Mitgliederversammlung
- (2) Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung der Mitgliederversammlung
- (3) Tätigkeitsbericht des Vorstandes
- (4) Kassenbericht
- (5) Planung 2005
- (6) Verschiedenes

PROGRAMM DER JAHRESTAGUNG DES AMS

Ein Job wie jeder andere? Zum Selbst- und Berufsverständnis von Soldaten

12. – 14. November 2004 in Kochel am See

Freitag, 12.11.2004

bis 17.30 Uhr

Anreise

Abendessen

19.00 – 19.15 Uhr

Begrüßung und Einführung in die Thematik

Sabine Collmer &
Gerhard Kümmel

19.15 – 20.15 Uhr

“Stillgestanden!” – Eine soziologische Annäherung
an militärische Rituale

Georg-Maria Meyer

Samstag, 13.11.2004

08.45 – 09.45 Uhr

Mensch in der Transformation der Bundeswehr

Oskar Hoffmann

09.45 – 10.45 Uhr

Berufsentscheidungen und Karriereverläufe von
studierten Offizieren der Bundeswehr

Martin Elbe &
Florian H. Müller

11.05 – 12.05 Uhr

Seemannsgarn und Friedensphilosophie. Analyse
der Anforderungen an die Marineoffizierausbil-
dung

Peter Buchner

Mittagessen / Mittagspause

PODIUMSDISKUSSION

13.30 – 15.30 Uhr

Soldat-Sein mit Leib und Seele. Der „Kämpfer“ als
existentielles Leitbild einer Berufsarmee

Wolfgang Roysl

Die Bedeutung von deutscher Geschichte und
christlicher Ethik für das Selbst- und Berufsver-
ständnis von Soldaten im Auslandseinsatz

Andreas M. Rauch

Beruf: ‚Soldat‘ – ein konzeptioneller Entwurf

Ulrich vom Hagen &
Nina Leonhard

16.00 – 18.00 Uhr

AMS-Mitgliederversammlung

Abendessen

Sonntag, 14.11.2004

09.00 – 10.00 Uhr

The Last Knights. A Preliminary Study of the De-
velopments in the Habitus of the Cadets‘ Corps

Rene Moelker

10.00 – 11.00 Uhr

Geeignet als Berufsoffizier? - Wie werden
Schweizer Berufsoffiziere selektioniert? Das As-
sessment-Center für Berufsoffiziere

Hubert Annen

11.20 – 12.20 Uhr

Die Arbeits- und Berufsmotivation von Schweizer
Berufsoffizieren - Eine neue empirische Untersu-
chung

Simon Gutknecht

Mittagessen

13.30 Uhr

Abschlussdiskussion

Tagungsende

Kosten

(1) Übernachtung und Verpflegung (Variante A):

EZ: 65,- € pro Tag = 130,- € pro Person

DZ: 50,- € pro Tag = 100,- € pro Person

Seminargebühr: 30,- €

(2) Ohne Übernachtung, aber mit Verpflegung (Variante B):

Verpflegung: 25,-€ pro Tag = 50,- € pro Person

Seminargebühr: 30,- €

(3) Ohne Übernachtung und Verpflegung (Variante C):

Seminargebühr: 30,- €

Tagungseinrichtung

Die *Georg-von-Vollmar-Akademie* ist eine gemeinnützige Einrichtung der politischen Bildung, den Ideen und Grundwerten der sozialen Demokratie verpflichtet, benannt nach dem ersten Vorsitzenden der bayerischen SPD: Georg von Vollmar (1850-1922). Die Akademie wurde 1948 als „Georg-von-Vollmar-Schule“ von Waldemar von Knoeringen und Wilhelm Hoegner gegründet. Seit 1968 kooperiert sie mit der Friedrich-Ebert-Stiftung als bundesweit tätige „Georg-von-Vollmar-Akademie“.

Tagungsort und -adresse:

Georg-von-Vollmar-Akademie

Schloss Aspenstein

Am Aspensteinbichl 9-11

82431 Kochel am See

Telefon: 08851-780

Fax: 08851-7823

Email: vollmar-akademie@t-online.de

Internet: www.vollmar-akademie.de

Skizze:



Anreise:

- *Bahn:* Sie erreichen Kochel am See über München, ggf. mit Umsteigen in Tutzing. Vom Bahnhof aus ist die Akademie in 15-20 Minuten Fußweg oder mit dem Taxi zu erreichen.
- *Auto:* Mit dem Auto Anreisende nehmen die Autobahn München-Garmisch (A93), Ausfahrt Murnau/Kochel und folgen den Hinweisschildern nach Kochel. Innerhalb von Kochel rechts auf die Hauptstrasse abbiegen, nach ca. 500m rechts abbiegen (Hinweisschild: Vollmar-Akademie), den Berg hinauf vorbei an einer kleinen Kirche.

Anmeldung:

Verbindliche Anmeldungen werden mit beigefügtem Anmeldeformular erbeten bis zum

22. Oktober 2004.

Dr. Gerhard Kümmel (AMS)
c/o Sozialwissenschaftliches Institut
der Bundeswehr (SOWI)

Postfach 11 42
15331 Strausberg
Fax: 03341-58-1802
Email: gerhardkuemmel@bundeswehr.org

**Verbindliche Anmeldung zur Jahrestagung 2004 des AMS in Kochel am See
12. – 14. November 2004**

Ich nehme an der Jahrestagung teil und wünsche
Unterkunft und Verpflegung
(Variante A)

Ich nehme an der Jahrestagung einschließlich der
Mahlzeiten teil, benötige aber keine Unterkunft
(Variante B)

Ich nehme an der Jahrestagung teil, benötige
aber weder Unterkunft noch Verpflegung
(Variante C)

Ich wünsche Unterbringung im
Einzelzimmer

Doppelzimmer

zusammen mit:

Name: _____

Anschrift: _____

Datum, Unterschrift: _____

FÜR UNSERE MITGLIEDER GELESEN

Joachim Krause, Andreas Wenger und Lisa Watanabe (2003: Unraveling the European Security and Defence Policy Conundrum. Bern: Peter Lang Verlag,, 248 Seiten; € 26,90.

Auf dem Treffen in Saint Malo 1998 beschlossen die Franzosen und die Briten eine Europäische Verteidigungspolitik zu initiieren. Seitdem die Entwicklung der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) auf die EU-Ebene verlagert worden ist, sind beträchtliche Fortschritte in diesem Bereich erzielt worden. Dieses Buch, das in vier Abschnitte gegliedert ist, bietet einen guten Überblick über den aktuellen Status der ESVP in spezifischen Bereichen. In einer generellen Einleitung wird ein umfassender historischer Überblick über die ESVP im Rahmen der EU und die Europäische Sicherheits- und Verteidigungsidentität (ESVI) im Rahmen der NATO abgegeben. Anschließend wird im 1. Abschnitt auf einen Meilenstein im ESVP-Bereich, die Implementierung der Planziele (Headline Goals), eingegangen. Anhand dieses Aspekts werden drei Schwerpunkte betrachtet: Erstens der gegenwärtige Status der ESVP seit dem ER Laeken 2001, wobei diese Darstellung anhand einer Analyse der politischen Strukturen, der Fähigkeiten und der Operationen erfolgt. Zweitens wird der militärische Aspekt bei der Implementierung dieser Planziele herausgearbeitet. Dabei wird vorwiegend auf die Defizite in diesem Bereich eingegangen. Abschließend werden die institutionellen Veränderungen hinsichtlich dieses Meilensteins sowie die positiven und negativen Aspekte der EU als außen-, sicherheits- und verteidigungspolitischer Akteur behandelt. Im nächsten Abschnitt wird ein Überblick über die Zusammenarbeit der EU mit der NATO sowie mit den zukünftigen EU-Beitrittskandidaten (dabei liegt der Schwerpunkt auf den Visegrad-Staaten) gegeben. Es wird die Entwicklung dieser Beziehungen vom Ende des Kalten Krieges an betrachtet, um die Problembereiche und die Gemeinsamkeiten sowie die daraus resultierende Zusammenarbeit umfassend zu schildern. In der NATO-EU-Beziehung wird auf die Erfolge und die noch anstehenden Hindernisse eingegangen. Im Rahmen der Kooperation mit den zentraleuropäischen Beitrittskandidaten wird der Sicherheitsaspekt von drei verschiedenen Standpunkten, der NATO, der EU und der ESVP im Speziellen, betrachtet. Dadurch wird dem Leser ein sehr aufschlussreiches Bild über die Positionen der einzelnen Länder zu den unterschiedlichen Sicherheitsmöglichkeiten sowie den damit verbundenen Hindernissen vermittelt.

Im dritten Abschnitt wird auf die militärische Rolle der EU im Balkan und im mittleren Osten eingegangen. Dabei werden die Entwicklung der militärischen Rolle der Union und die damit verbundenen Möglichkeiten, aber auch die Grenzen sehr anschaulich dargestellt. Im letzten Teilbereich dieses Kapitels wird die Zusammenarbeit der EU mit der NATO im Kampf gegen den islamisch-fundamentalistischen Terrorismus behandelt. Im letzten Teil wird ein Ausblick, in welche Richtung die transatlantischen Beziehungen hinsteuern, gegeben. Dabei werden zwei Möglichkeiten, die verstärkte Kooperation zwischen der EU und der NATO oder das endgültige Auseinanderbrechen dieser Beziehungen, betrachtet. Der Autor geht von den Ereignissen des 11. Septembers aus und beleuchtet die dadurch initiierten, sicherheitspolitischen Veränderungen in der EU und in der NATO. Nach neuerlicher Anspannung der transatlantischen Beziehungen im Jahr 2003 beruhigt sich die Lage wieder. Die NATO und die USA unterstützen sogar EU-interne Verteidigungsvorhaben, was eine stärkere Kooperation in der Zukunft erahnen lässt. Wie sich das Verhältnis weiterentwickeln wird, hängt von der Bereitschaft zur Zusammenarbeit und der Anerkennung der jeweils anderen Institution ab. Es sollten jedoch beide Organisationen bedenken, dass diese internationale Kooperation notwendig ist, um gegen die neuen Bedrohungen des 21. Jahrhunderts gemeinsam vorgehen zu können. Abschließend möchte ich nochmals darauf verweisen, dass in diesem Buch ein umfassender Überblick über die gegenwärtige Position der ESVP gegeben wird. Die Autoren betrachten die ESVP in vier speziellen Bereichen und vermitteln dadurch ein sehr aufschlussreiches Bild über die Möglichkeiten und die Hindernisse, mit denen die ESVP in diesen Bereichen konfrontiert ist. Inhaltlich liegt der Schwerpunkt nicht auf der historischen Entwicklung der ESVP. Es wird nur in einzelnen Bereichen auf historische Aspekte zurückgegriffen, um dem Leser ein besseres Verständnis über die ESVP, die historische Entwicklung und die gegenwärtigen Anknüpfungspunkte zu verschaffen. Erwähnenswert ist auch, dass in verschiedenen Kapiteln immer wieder auf die NATO verwiesen wird, um den Bezug zum „amerikanisch dominierten“ verteidigungspolitischen Konzept nicht aus dem Auge zu verlieren. Indem der

Leser auf diese Verknüpfungen mit der NATO hingewiesen wird, kann er die Position der ESVP auf der internationalen Ebene leichter einordnen. Ihm wird dadurch auch der Stellenwert der zwei Organisationen verdeutlicht.

Marion Loinger

Ronald Hitzler und Jo Reichertz (Hrsg.) (2003): Irritierte Ordnung. Die gesellschaftliche Verarbeitung von Terror. Konstanz: Universitätsverlag Konstanz. 304 S., 29,00 EUR, ISBN: 3-89669-751-X

Die Terroranschläge vom 11. September 2001 haben nicht nur in politischer Hinsicht zu tiefgreifenden Veränderungen geführt, sondern auch die Wissenschaft, unter anderem die Sozialwissenschaften, auf einen gemeinsamen Untersuchungsgegenstand hin fokussiert: auf Terror, Terrorismus und deren gesellschaftliche Verarbeitung. Zu den vielen Veröffentlichungen, die hierzu seit dem 11.9. das Licht der Büchertische erblickt haben, zählt auch der von Ronald Hitzler und Jo Reichertz im Herbst 2002 zusammengestellte Sammelband. Es handelt sich um eine Sammlung von Aufsätzen überwiegend bekannter (Sozial-)Wissenschaftler, die sich – von einigen Ausnahmen abgesehen – bislang eher durch Arbeiten zu anderen Themenbereichen einen Namen gemacht haben. Dieser Umstand kann mindestens zweierlei bedeuten: dass man auch im Bereich der Sozialwissenschaftlichen flexibel und sensibel genug ist, auf wichtige Ereignisse außerhalb des wissenschaftlichen Elfenbeinturmes zu reagieren; oder, nach einer weniger geneigten Lesart, dass man sich auch hier immer stärker nach allgemeinen thematischen Trends und Moden ausrichtet – wofür zumindest die schnelle Manuskripterstellung sprechen könnte: Im Band wimmelt es von Tipp- und Satzfehlern, die über das in Zeiten der Verlagslektorsstreichungen mittlerweile üblich gewordene Maß deutlich hinaus gehen. Inhaltlich, und darauf kommt es freilich in erster Linie an, steht die Reflexion über die gesellschaftliche Verarbeitung Terror im Mittelpunkt. Wie die beiden Herausgeber in ihrer Einleitung feststellen, bringt Terror die symbolische Ordnung einer Gesellschaft zum Einsturz. „Deshalb muss *nach* dem Terror der Terror selbst gedeutet und in die symbolische Ordnung einer Gesellschaft eingearbeitet und eine neue Ordnung der Symbole errichtet werden.“ (S. 8). Anspruch des Buches ist es zu zeigen, „wie Gesellschaften (einmal durch Terror aus der Ordnung gebracht) versuchen, den Weg zur Normalität wieder zu finden“ (S. 9). Nicht um Ursachenforschung für Terror, sondern um die Analyse der Folgen von Terror für die davon betroffenen Gesellschaften soll es also gehen, und zwar, wie es die Herausgeber formulieren, „aus sehr unterschiedlichen wissenschaftlichen Perspektiven“ (ebd.).

Der Band gliedert sich in fünf Abschnitte: Unter der Überschrift „Terror und Gewalt“ beschäftigen sich die ersten drei Beiträge aus allgemeiner Perspektive mit dem Zusammenhang von Terror, Terrorismus und Gewaltanwendung. Im folgenden Abschnitt, der mit „Alte und neue Formen des Terrors“ überschrieben ist, gehen die Autoren der Frage nach, was das „Neue“ an den Anschlägen vom 11. September ausmacht. Wie diese konkret in Deutschland und den USA interpretiert wurden, thematisieren die nachfolgenden vier Aufsätze in Abschnitt III „Deutungen des Terrors“. In der anschließenden Sektion „Bearbeitung von Terror“ geht es demgegenüber eher um die Reaktionen auf den 11. September in Politik und Öffentlichkeit. Unter der fünften Überschrift „Die Welt nach dem Terror“ werden in den beiden letzten Artikeln schließlich die Folgen der Anschläge in einer globaleren Perspektive diskutiert.

Aufbau und Struktur des Bandes erscheinen plausibel und auch die Zuordnung der Beiträge ist schlüssig – sieht man vom Aufsatz von Heinz Bude über die Deutung der Anschläge vom 11. September als „Rache der Überflüssigen“ ab, der wohl weniger zu „Alte und neue Formen des Terrors“ als vielmehr zu „Deutungen des Terrors“ gepasst hätte. Was die Aufsätze der einzelnen Autoren angeht, sind wie bei den meisten Sammelbänden auch im vorliegenden Fall Originalität und Qualität mitunter unterschiedlich. Herfried Münkler (Kap. I) und Trutz von Trotha (Kap. II) greifen in ihren Beiträgen jeweils aus unterschiedlicher Perspektive die Thematik der „neuen Kriege“ auf. Ihre Ausführungen lassen sich gut lesen, bieten insgesamt aber wenig Neues. Origineller erscheinen demgegenüber die Analysen von Anil K. Jain und Hans-Georg Soeffner (beide Kap. II) zu den Hintergründen und Ursprüngen von Terror. Gleichwohl ist mit Blick auf den in der Einleitung formulierten Anspruch des Buches kritisch anzumerken, dass es bei diesen vier Beiträgen wie auch beim Aufsatz von Peter Gross und Ronald Hitzler (siehe weiter unten), der ebenfalls zum Abschnitt II gehört, genau genommen nicht um

eine Analyse der gesellschaftlichen Deutung von Terror, sondern selbst jeweils um eine Deutung von Terror geht: Die „gesellschaftliche Verarbeitung von Terror“ beginnt gewissermaßen erst mit Kapitel drei.

Tatsächlich am stärksten erscheinen die Artikel, die sich konkret mit der Art und Weise auseinander setzen, wie der 11. September gedeutet wurde: Matthias Junge (Kap. III) zeigt anhand der deutschen Presseberichterstattung, dass die Terroranschläge in erster Linie kulturell, als Ausdruck von (feststehenden) Kulturdifferenzen, interpretiert wurden, politische und ökonomische Erklärungsansätze dagegen kaum berücksichtigt wurden. Michael Schwab-Trapp (Kap. III) weist am Beispiel der Kontroverse um einen Artikel des Journalisten Ulrich Wickert die Grenzen und die Grenzziehungen der öffentlich legitimen Deutungen für den 11. September nach. Und für die USA arbeitet Heinz Steinert (Kap. IV) die selektive Wahrnehmung und Interpretation der Anschläge in Öffentlichkeit und Politik und ihre Transformation in „populistische Politik“ anschaulich heraus.

In denjenigen Beiträgen, die der Frage nach dem Neuartigen an den Terroranschlägen nachgehen, werden interessante, wenn auch nicht immer ganz überzeugende Einsichten vorgetragen. Das gilt etwa für die unter dem eingängigen Titel „Wir Terroristen“ formulierte These von Gross und Hitzler (Kap. II.), dass durch die Terroranschläge in den USA das terroristische Potenzial jedes Einzelnen deutlich geworden sei. Ähnliches ist auch für den Aufsatz von Joan Kristin Bleicher (Kap. III) festzustellen, der auf die Wechselwirkungen von Fakten und Fiktionen am Beispiel des 11. September abhebt. Die Autorin arbeitet überzeugend die fiktionalisierten Anteile der Medienberichterstattung über die Terroranschläge heraus. Dass die Anschläge selbst bewusst als Medienereignis geplant und durchgeführt wurden, wird indes weniger schlüssig belegt.

Als weitgehend unzureichend sind schließlich die Beiträge von Karen Michels (Kap. III), Jo Reichertz und von Daniela Klimke zusammen mit Rüdiger Lehmann (beide Kap. IV) zu bezeichnen: Bei Michels Darstellung der Entwürfe für Ground Zero kommt die Analyse der Symbolik gegenüber deren Beschreibung deutlich zu kurz. Ähnliches gilt für Reichertz' Aufsatz über die Reaktionen der deutschen Sicherheitsorgane auf den 11. September, der im Wesentlichen die Tagungsbeiträge einer Veranstaltung des Bundeskriminalamtes wiedergibt. Reichertz spart zwar nicht mit kritischen Kommentaren zu den einzelnen Statements, verzichtet jedoch darauf, diese auf die eingangs erwähnten Dezentralisierungs- und Rezentralisierungstendenzen in der US-Politik zurückzubeziehen. Der begonnene Vergleich der Reaktion in Deutschland und den USA auf den 11. September bleibt somit unvollendet – und die Lektüre des Artikel selbst wenig befriedigend. Das Gleiche lässt sich leider für den Beitrag von Klimke und Lehmann über die „Suche nach der verlorenen Ordnung“ sagen, deren Argumentationslinie sich insgesamt nur schwer erschließt.

Zusammenfassend ist festzuhalten, dass sich der 11. September als gemeinsamer Ausgangspunkt der Autoren gewissermaßen als roter Faden durch das Buch zieht. Trotz der Vielfalt der gewählten Ansätze und angesprochenen Aspekte bleibt dadurch – und das ist als eine besondere Stärke des Buches herauszustreichen – beim Lesen der Eindruck eines inneren Zusammenhangs zwischen den Aufsätzen bestehen. Um so mehr ist daher das Fehlen einer Synthese oder zumindest einer zusammenfassenden Betrachtung zu bedauern, zumal die letzten Beiträge von Hermann Schwengel und Ulrich Beck (beide Kap. V) auf ganz unterschiedliche Weise – einmal in Bezug auf Europa, einmal hinsichtlich der Folgen für die Wissenschaft an sich – den Blick über den 11. September hinaus richten. So hätte man beispielweise den Widerspruch zwischen der dominanten Deutung der Anschläge als Zeichen einer prinzipiellen Differenz zwischen „dem“ Islam und „dem“ Westen einerseits und den weitgehend national orientierten politischen Reaktionen in Deutschland und den USA andererseits thematisieren können. Interessant wäre es auch gewesen, die Frage aufzugreifen, welche *neue* symbolische Ordnung nach den Terroranschlägen denn mittlerweile – soweit erkennbar – errichtet worden ist. Freilich hätte all das die Herausgeber zusätzlichen Aufwand gekostet, wofür aber keine Zeit mehr gewesen zu sein scheint. Schade.

Nina Leonhard

Mercenaries Go Corporate: Die Privatisierung der Sicherheit in Gestalt privater Sicherheits- und Militärunternehmen

Peter W. Singer: Corporate Warriors. The Rise of the Privatized Military Industry (Cornell Studies in Security Affairs), Ithaca, N.Y. – London: Cornell University Press, 2004, 330 Seiten, ISBN 0-8014-8915-6, 18,50 Euro (Paperback; Hardcover 2003).

Nicht-staatliche Akteure gelten in der Regel als die ‘guten Akteure’, als das moralische Gewissen der internationalen Beziehungen, welches das Potenzial besitzt, die moralisch und ethisch häufig verwerfliche, anrühige Welt der internationalen Politik zu verbessern, zu zivilisieren, ihre Härten abzufedern. Doch bedarf es keineswegs übermäßiger Phantasie, um sich vorzustellen, dass es unter diesen nicht-staatlichen Akteuren durchaus auch schwarze Schafe gibt. Und diese gibt es in der Tat zuhauf. Man denke nur an international tätige Verbrecherorganisationen, die mit Menschen, Waffen oder Drogen handeln, oder an inter- bzw. transnational operierende terroristische Organisationen wie Al Kaida. Folglich sind die nicht-staatlichen Akteure sehr kritisch zu betrachten und zu analysieren. Dies gilt auch für die privaten Sicherheitsunternehmen, die in den letzten Jahren verstärkt in den Fokus nicht nur der Medien, sondern auch der Wissenschaft und, ansatzweise, auch der Politik getreten sind und deren Einsatz für viele Regierungen und Streitkräfte dieser Welt mittlerweile mehr als nur verführerisch wirkt. Die Vereinigten Staaten von Amerika beispielsweise bedienen sich dieser Unternehmen im großen Stil, und einige der Probleme, die mit ihnen verbunden sein können, sind derzeit im Irak zu besichtigen.

Dem damit angesprochenen Thema der Privatisierung der Sicherheit hat nun Peter Singer von der Brookings Institution in Washington, D.C., eine eindrucksvolle Monographie gewidmet, die gut recherchiert, materialreich, sachkundig und noch dazu spannend zu lesen ist. Singer beginnt mit einem Abschnitt über die Geschichte und den Aufstieg dieses Phänomens, beschäftigt sich im zweiten Teil sodann mit der Organisation und den Tätigkeitsfeldern der privaten Sicherheitsunternehmen, um im dritten Abschnitt schließlich die Folgewirkungen dieses Phänomens zu analysieren.

Solche Unternehmen sind verstärkt seit Beginn der 1990er Jahre zu beobachten, doch sind sie bereits früher, in den 1960er Jahren, in Erscheinung getreten. Ein prominentes Beispiel ist etwa die 1967 von Oberst Sir David Sterling gegründete WatchGuard International, die sich aus ehemaligen Angehörigen des britischen Special Air Services (SAS) rekrutierte und diverse Streitkräfte in Ländern des Persischen Golfes trainierte. Aus ihr gingen, in den 1970er Jahren, die Kulinda Security Ltd. und, Mitte der 1980er Jahre, KAS Enterprises hervor, die sich in Afrika betätigten. Allerdings beginnt das Geschäft insbesondere nach dem Ende des Ost-West-Konfliktes zu blühen. Der Zusammenbruch der bipolaren Weltordnung, welche den internationalen Beziehungen in der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg ihren Stempel aufgedrückt hat, bedeutete, so paradox das vielleicht auch klingen mag, das Ende von relativer Stabilität und Übersichtlichkeit. Mit dem Wegfall der Klammer des Kalten Krieges erhielt eine ganze Reihe ‚sekundärer‘, bislang eingehogter bzw. kontrollierter Konflikte neue Aktualität und Brisanz. Zugleich entstanden neue Konfliktlinien, die aus den häufig schwierigen und unübersichtlichen Nationen- und Staatsbildungsprozessen auf dem Gebiet des zerfallenden sowjetischen Herrschaftsbereiches resultierten. Des Weiteren entfiel für eine erkleckliche Anzahl von Staaten in der Dritten Welt die Anlehnungsmacht und der Patron, so dass die externe Stabilisierung durch diese Mächte über Instrumente wie Wirtschafts-, Entwicklungs- und Militärhilfe an Nachhaltigkeit und Verlässlichkeit verlor und diese ohnehin häufig wenig strukturell gefestigten Staaten (vor allem in Afrika) in noch ernstzunehmendere Schwierigkeiten gerieten.

Als Folge davon stieg die Zahl der Konfliktparteien, staatliche wie nicht-staatliche, wie auch die Zahl der gewaltsam ausgetragenen Konflikte, zumeist innerstaatlicher, aber durchaus auch zwischenstaatlicher, sprunghaft. Diese Akteure wiederum konnten auf einem weltweit übersättigten Markt für Waffen relativ leicht und billig in den Besitz selbst hochmoderner und schwerer Waffen gelangen. Sicherheit konnte damit in vielen Gegenden der Welt nicht mehr als selbstverständlich vorausgesetzt werden, so dass die Nachfrage nach Sicherheit und nach Anbietern von Sicherheit bei Regierungen wie auch bei humanitären Organisationen, NGOs und Wirtschaftsunternehmen mit Beginn der 1990er Jahre beträchtlich gestiegen ist.

Und diese Nachfrage traf nun auf ein breites Angebot. Denn in vielen Staaten nicht nur, aber auch des Westens, setzte mit dem Ende des Ost-West-Konflikts und dem Wegfall der mit ihm verbundenen Bedrohung ein Prozess der Verkleinerung der Streitkräfte ein: Die Verteidigungsbudgets wurden be-

schnitten und militärisches Personal in großem Umfang abgebaut. Damit wurde jedoch – kaum beabsichtigt – ein riesiges Arbeitskräftereservoir geschaffen, das bedingt durch die große Zahl durch sehr starke Konkurrenz mit der Folge relativ billiger Arbeitskräfte gekennzeichnet ist, gleichzeitig aber über eine enorme Bandbreite militärischen Spezialwissens verfügt. Singer (2003: 53) spricht hier von einem „oversupply of dislocated military skilled labor“.

Dennoch sind die privaten Sicherheitsunternehmen entgegen einer verbreiteten Ansicht nur unzureichend in den Kategorien des Söldnertums zu begreifen, denn sie „represent the next evolution in the provision of military services by private actors, parallel to the development of the modern business organization. A more complete, and less normative, assessment of the phenomenon finds that it is the *corporatization* of military service provision that sets them apart.“ (S. 45) Private Sicherheitsunternehmen unterscheidet von Söldnern, dass sie in der Form von Geschäftsunternehmen organisiert sind; sie nicht primär durch individuelles Profitstreben motiviert sind, sondern durch das Streben nach Profit für das Unternehmen (also nicht ein persönliches, sondern ein organisatorisches Profitstreben); sie rechtliche anerkannte, nach legalen Bestimmungen operierende Unternehmen sind, die auf den Weltmärkten agieren; sie eine wesentlich größere Bandbreite an Sicherheitsdienstleistungen als der klassische Söldner anbieten; eine breitere Zahl von Akteuren zu ihren Kunden gehört; sie ihre Mitarbeiter professioneller und systematischer rekrutieren; sie auf einem offenen Markt tätig sind; und sie institutionalisierte Eigentums- und Besitzverhältnisse aufweisen und breit und umfassend mit anderen Wirtschaftsunternehmen vernetzt sind oder Bestandteil einer größeren Unternehmensholding sind. (Singer 2003: 45-47)

Um der großen Bandbreite der angebotenen Tätigkeiten privater Sicherheitsunternehmen gerecht zu werden, entwickelt unser Autor auf einer breiten empirischen Basis eine Typologie, die die große Palette privater (militärischer) Sicherheitsdienstleistungen als ein Kontinuum begreift, das durch drei große Felder markiert wird, wobei der Unterschied zwischen diesen drei Segmenten in ihrer Entfernung zum tatsächlichen Konflikt- und Kampfgeschehen begründet liegt. Er unterscheidet Military Support Firms, Military Consultant Firms und Military Provider Firms. Während letztere am nächsten, unmittelbar zum Konflikt- und Kampfgeschehen sind, nimmt die Entfernung zum Kampfgeschehen über die Military Consultant Firms zu den Military Support Firms zu.

Military Provider Firms wie das berühmt-berüchtigte südafrikanische Unternehmen Executive Outcomes übernehmen direkte militärische Implementations- und Kommandofunktionen und befinden sich an der Spitze des Konflikt- und Kampfgeschehens; sie sind unmittelbar in selbiges involviert, sei es als komplette eigene kleine Einheit oder als einzelne Spezialisten in bestimmten Funktionen (etwa Kampfpiloten); sie können auch als Befehlshaber für reguläre Einheiten dienen. Zu den typischen Kunden dieses Firmentyps zählen solche, die unmittelbaren Bedrohungssituationen ausgesetzt sind, gleichzeitig aber nur über begrenzte eigene militärische Fähigkeiten und Expertise verfügen.

Military Consultant Firms wie das in beträchtlichem Umfang für die amerikanischen Streitkräften arbeitende Unternehmen Military Professional Resources Inc. (MPRI) bieten Beratungs- und Trainingsdienstleistungen an, die für die Durchführung der Kampfoperationen bzw. für die Gewährleistung einer relativ stabilen Sicherheitslage genuin wichtig sind und die Kampfeinheiten des Kunden (Streitkräfte, Polizei-, Sicherheits- und Wachdienstkräfte) neu formieren bzw. restrukturieren; sie offerieren strategische, operative und organisationsstrukturelle Analyseexpertise, greifen aber selbst nicht direkt in das unmittelbare Geschehen ein. Neben Hilfsorganisationen und NGOs werden diese Dienstleistungen typischerweise von Akteuren nachgefragt, deren Streitkräfte gerade eine Phase der Restrukturierung durchlaufen oder die ihre militärischen Fähigkeiten dramatisch und schnell erhöhen möchten.

Bei *Military Support Firms*, die Singer anhand der US-Firma Brown & Root beschreibt, ist der Funktionsbereich durch nicht-lethale Hilfe und Unterstützung markiert. Unternehmen dieses Typs offerieren ihren Kunden dem Konflikt- und Kampfgeschehen vor- bzw. nachgelagerte Dienstleistungen wie etwa Logistik, Nachschub, Transport, technische Unterstützung und Aufklärung und erlauben ihren Kunden damit, ihre Kräfte auf das originäre, genuine Tätigkeitsgebiet hin zu fokussieren. Gewöhnlich befinden sich die Kunden in aktuellen, doch absehbar längerfristig andauernden Auseinandersetzungen.

In den vergangenen Jahren ist nun eine Proliferation dieser Unternehmen beobachten, was nach kluger und umsichtiger politischer Steuerung verlangt. Denn der Einsatz dieses Instrumentes will wohl bedacht sein, da sich mit ihm neue Problemlagen ergeben werden und sich auch bereits ergeben haben, wie bei Singer nachzulesen ist. Beklagt werden bereits die mangelnde Transparenz der Unternehmen

und ihrer Operationen, die häufig zu Klagen über Menschenrechtsverletzungen geführt haben. Mangelnde Transparenz gilt häufig auch für die Verträge und die Vertragspartner, was wiederum aus der Sicht von Regierungsstellen gerade attraktiv ist, weil man damit Außen- und Sicherheitspolitik im Verborgenen betreiben kann. Demnach besteht die Tendenz und die Gefahr, dass die Privatisierung der Sicherheit mit dem Verlust der Kontrolle der beteiligten Akteure durch eine demokratische Öffentlichkeit einhergeht. Kritisiert wird sodann auch das Entlohnungsmodell à la Executive Outcomes, also das trianguläre Beziehungsgeflecht zwischen dem privaten Sicherheitsunternehmen, seiner Muttergesellschaft und einer Regierung in Bedrängnis, das in quasi-neokolonialen Ausbeutungsverhältnissen resultiert. Denn die Regierung in Bedrängnis ist verhandlungstaktisch in einer wenig günstigen Situation und verfügt häufig nicht über die entsprechenden Finanzmittel, so dass eine Bezahlung in Naturalien, in Schürfrechten und -lizenzen zu letztlich überhöhten Preisen erfolgt, was wiederum die sozio-ökonomischen Entwicklungschancen eines Landes nicht unbeträchtlich negativ beeinflussen kann. Damit wird zugleich auch an den Grundfesten staatlicher Souveränität, dem Gewaltmonopol des Staates, gerüttelt und die Autorität und Legitimität des Staates untergraben. Fraglich ist ferner, ob der Einsatz privater Sicherheitsunternehmen der konstruktiven und nachhaltigen Konfliktbearbeitung tatsächlich förderlich ist. Die Vertragstreue und -sicherheit wird ebenfalls als problematisch empfunden, da Restzweifel eben nicht vollständig ausgeräumt werden können. Denn wie kann man sicher sein, dass sich der Vertragspartner auch an das hält, was vereinbart ist, sprich: seinen Pflichten auch vertragsgemäß nachkommt? Dieses Problem der Accountability erstreckt sich auch auf abrechnungstechnische Unregelmäßigkeiten, d.h. insbesondere auf Fälle, in denen auch renommierte Firmen wie Root & Services überhöhte Kostenansätze für ihre Dienstleistungen berechnet haben.

Gefordert werden aus diesen und anderen Gründen Maßnahmen zur Regulierung der Tätigkeit von privaten Sicherheitsunternehmen. Diese reichen von den Selbstheilungs- und Disziplinierungskräften des Marktes über die Wirkung einer demokratisch-kritischen Öffentlichkeit bis hin zu einer stärkeren rechtlichen Reglementierung im nationalen wie im internationalem Rahmen. Letztlich jedoch sind die internationalen wie die nationalen Regulierungsversuche begrenzt, so dass man sich über die Durchschlagskraft dieser Regulierungen keinen Illusionen hingeben, sondern realistisch bleiben sollte. Realistisch bleiben heißt dabei, die Escape Routes der privaten Sicherheitsunternehmen in Rechnung zu stellen. Nicht alle, vielleicht sogar die wenigsten privaten Sicherheitsunternehmen entsprechen den gängigen pejorativen Vorstellungen über sie. Doch es gibt sie, die schwarzen Schafe der Sparte. Und sie können sich einfach durch Verlagerung des Firmensitzes in ein Land, das nicht oder nur wenig regulierend in den Geschäftsbereich hineinwirkt, der Regulierung und Kontrolle entziehen. Gerade das kann sie wiederum für Regierungen in bestimmten Situationen zu interessanten Geschäftspartnern machen. Damit ist zugleich gesagt, dass private Sicherheitsunternehmen durchaus sinnvoll und kontrolliert eingesetzt werden können. Bestimmte Risiken sind dabei jedoch in mehr oder weniger stark ausgeprägter Form hinzunehmen. Private Sicherheitsunternehmen sind deswegen ambivalenten Charakters: Einerseits stärken sie den Staat, andererseits schwächen sie ihn aber auch. Der Geist ist aus der Flasche entwichen und er kann schwerlich wieder in die Flasche zurückbefördert werden. Das ist durchaus ein Grund, etwas melancholisch zu sein.

Gerhard Kümmel

Hubert Annen, Rudolf Steiger und Ulrich Zwygar, (2004): Gemeinsam zum Ziel. Anregungen für Führungskräfte einer modernen Armee. Stuttgart: Verlag Huber. 250 S. Preis: EUR 31.90

Die sich anbahnende politische Integration Europas hat viele Entwicklungsstränge. Einer davon ist die der mentalen Übereinstimmung in der Verteidigungswürdigkeit von Frieden und Freiheit. Aus dieser Übereinstimmung ergeben sich Ziele militärischer Erziehung, deren Ausformulierung die wechselseitige Affinität von Soldaten erkennen lässt, die zwar in Streitkräften unterschiedlicher Nationalität dienen, sich in ihrem Verpflichtet-Sein auf ein demokratisches Staatswesen aber gleichen.

Eine solche Verpflichtung bedarf von Ausbildungsjahrgang zu Ausbildungsjahrgang ihrer Erneuerung. Die Autoren, allesamt in der Höheren Kaderausbildung der Schweizer Armee tätig, haben in ihrer Eigenschaft als Offizier bzw. Militärwissenschaftler eine zeitgemäße Interpretation des Verteidigungswillens vorgelegt, der in der Schweiz eine lange Tradition hat. Sie findet in der Armee und dem

Institut der Wehrpflicht ihren sozialen und politischen Ausdruck. Dieser hat Widerstände überwunden, die in der Sammlungsbewegung 'Schweiz ohne Armee', die Axt an die Wurzel dieser Tradition legen wollten. Das Plebiszit ist, wie bekannt, einer solche Initiative nicht gefolgt.

Ulrich Zwygart ist mit drei Themenbeiträgen vertreten. In "Die Schweizer Armee: Zweck, Aufgaben und Spannungsfelder" macht er deutlich, dass sich die Militärdoktrin der Schweiz neben der Landesverteidigung auch auf das Krisenmanagement außerhalb der Landesgrenzen einzustellen beginnt. Damit wird einer Entwicklung Rechnung getragen, die sich in Form der 'Partnerschaft für den Frieden' bei UN-Missionen bereit bewährt hat und zudem in die Zukunft möglicher Militäreinsätze weist. Konsequenter geht Zwygart deshalb in einem weiteren Kapitel auf die veränderten militärischen Ausbildungsbedingungen ein. Der moderne Soldat muss nicht nur den Waffeneinsatz erlernen, sondern auch darauf vorbereitet werden, stressresistent gegenüber nachhaltigen psychischen Belastungen zu werden. Methoden asymmetrischer Kriegführung, wie sie von Terroristen im Gegensatz zum konventionellen Kampfeinsatz genutzt werden, erhöhen die Anforderungen an eine ganzheitliche Einsatzbereitschaft des Soldaten. Dazu gehört auch, an einer Kampfmoral festzuhalten, die selbst gefangengenommen Insurgenten gegenüber nicht vom Humanitätspostulat abweicht. In einem weiteren Kapitel, " Militärische Führung: die persönliche Herausforderung", entwickelt Zwygart das der neuen strategischen Entwicklung angemessene Anforderungsprofil für den Offizier: "Loyalität von unten als Resultat des Gehorsams und Loyalität von oben als Resultat der Führungsverantwortung bindet Unterstellte und Kader." (S.201/202)

Es ist hier das Verdienst von Hubert Annen, die zunehmende Bedeutung der Militärpädagogik zu thematisieren, deren Platzierung im Ausbildungskanon der Eidgenössischen Technischen Hochschule in Zürich der General Ulrich Wille bereits 1903 durchgesetzt hatte. Inzwischen ist 'Militärpädagogik' eine Wissenschaftsdomäne, an deren Ausgestaltung ein internationaler Kooperationsverbund arbeitet. Annen fokussiert seine Überlegungen auf die Handlungsorientierung der Militärpädagogik. Damit entsteht zwischen organisationalen wie verteidigungspolitischen Zielsetzungen einer Armee die unverzichtbare Verbindung zur differentiellen Ausbildung des Individuums zum Soldaten und von Soldaten zur Kampfgemeinschaft.

In dieser Veröffentlichung haben sich Erfahrungen aus Epochen der Schweizer Militärtradition und der gegenwärtigen Führungskader niedergeschlagen. Das macht Hubert Annen im Kapitel: "Führung heißt auch: Motivation, Kommunikation und Selbstreflexion" besonders deutlich. Aus psychologischen Sachverhalten wird dabei eine pädagogische Aufgabenstellung, die fachspezifisch ausdifferenziert wird. Die Lektüre zeigt die fachwissenschaftliche Übereinstimmung der Aussagen mit den allgemeinen Standards in der militärischen Ausbildung. Sie sind aus diesem Grunde generalisierbar. Das heißt: Ausbildungserfahrungen in der Schweizer Armee und militärpädagogische Anregungen von dort haben Aussagekraft auch für andere Armeen, so sie der Sicherheit und dem Frieden in Europa dienen.

Rudolf Steiger hat sich zusammen mit Hubert Annen in diesem Buch des jungen Erwachsenen: "Gegenwart und Zukunft der Armee" angenommen. Dieses Kapitel ist besonders deshalb wichtig, weil es Störungen behandelt, die das gesellschaftliche Umfeld in der Armee erzeugt. Dazu gehört nicht nur die nachlassende Bereitschaft des Einzelnen, der Gesellschaft und des Staates wegen Zeit für die Ausbildung zum Soldaten und für die Verteidigungsbereitschaft zu opfern. Die Armee hat sich auch Formen des abweichenden Verhaltens zu erwehren, die aus ihrem sozialen Umfeld importiert werden. Die beiden Autoren vermeiden es zwar, die Armee eine moralische Anstalt zu nennen, in der zurechtgerückt wird, was an psychischen Fehlentwicklungen auffällt. Aber auch so wird deutlich, dass sich die Armee für ihre Angehörigen nicht nur im Dienst, sondern auch außerhalb des Dienstes verantwortlich fühlt. Diese Verantwortung bedingt, dass die Vermittlung soldatischer Tugenden auch individuelle Verhaltensnormen einschließt, auf deren Einhaltung eine demokratische Gesellschaft Anspruch erhebt. In: "Militärische Erziehung: ein anspruchsvoller Auftrag", hat sich Rudolf Steiger zuvor mit dem Zweifel auseinandergesetzt, ob der Erziehungsbegriff auch für den Erwachsenen Gültigkeit haben darf. Die positive Antwort darauf ist insofern exemplarisch, als auch in Armeen anderer demokratischer Staaten eine sozialpädagogische Argumentationsstrategie verwendet wird, mit der man hofft, über den Appell an Selbsterziehung und Eigenverantwortlichkeit eine sich-selbst-erfüllende-Prophese wirksam werden zu lassen. Aber manchmal wirkt das leider nicht. Und so bleibt jede Institution, eben auch die Armee, darauf angewiesen, zusätzliche, altersindifferente Erziehungsenergie zu mobilisieren. Das geschieht in diesem Kapitel auch dadurch, dass die Verhaltensnormen definiert

werden, auf deren Einhaltung eine Gemeinschaft, und zwar nicht nur die soldatische, angewiesen bleibt.

So haben die drei Autoren ein bemerkenswertes Buch verfasst, dessen Bedeutung nicht auf die Schweizer Armee begrenzt ist. Es behandelt die Veränderung in den Ausbildungszielen in Anerkennung globalen Krisenmanagements. Es zielt auf die Stabilisierung der positiven Charakterentwicklung ab, die nicht nur für das Militär, sondern auch für die Zivilgesellschaft von Bedeutung ist. Und es zeigt den Ort der pädagogischen Theorie und Praxis im Militärischen auf, die Militäropädagogik, Vorurteilen zum Trotz.

Wolfgang Royl

NEWS

- KFOR und UNMIK begünstigen Zwangsprostitution im Kosovo. Pressemitteilung von Amnesty International, 07.05.2004.

Die Präsenz internationaler Truppen und Organisationen im Kosovo hat zu einer Blüte des menschenverachtenden Frauenhandels und der illegalen Sexindustrie in der Region geführt. Aus den Reihen der internationalen Kräfte kommen etwa 20 Prozent der Freier, die 2002 für 80 Prozent des Umsatzes sorgten. Viele Frauen und Mädchen werden in die Sklaverei verkauft. Sie werden bedroht, geschlagen, vergewaltigt, eingesperrt und in die Prostitution gezwungen. Amnesty international (ai) fordert die Interimsverwaltung der Vereinten Nationen (UNMIK), die unter NATO-Mandat stehenden Militärkräfte (KFOR) und die Provisorische Selbstregierung im Kosovo auf, effektive Maßnahmen gegen den Frauenhandel zu ergreifen, die Rechte der Frauen zu schützen und die Täter zur Rechenschaft zu ziehen. (...) Da KFOR-Soldaten und internationale wie lokale Polizeikräfte zu den Freiern zählen, fehlt den Frauen und Mädchen vielfach das Vertrauen, sich in die Obhut dieser Kräfte zu begeben. Die Peiniger gehen meistens straffrei aus. ai ruft die UNMIK, die NATO und die Entsenderstaaten dazu auf, diese zur Verantwortung zu ziehen. Der neue ai-Bericht erwähnt, dass deutsche KFOR-Soldaten im benachbarten Mazedonien im Jahre 2000 regelmäßig Dienste von teilweise minderjährigen Zwangsprostituierten in Anspruch genommen haben. „Wir kritisieren, dass das Verteidigungsministerium bisher keine Untersuchungen angestrengt hat und die deutschen Soldaten bisher nicht strafrechtlich zur Verantwortung gezogen wurden,“ sagte Digel. Den Bericht Kosovo (Serbia and Montenegro): „So does it mean that we have the rights?“ Protecting the human rights of women and girls trafficked for forced prostitution in Kosovo finden Sie unter: <http://web.amnesty.org/library/index/engneur700102004>

- Österreich, H.: Das Bildnis der Calamity Lynn. taz 11.05.2004, S. 4.

Die Folterbilder mit Private Lynndie England spielen mit der Angst des Mannes vor der Domina. Doch eigentlich bestätigen sie die männliche Machtordnung des Militärs. Lynndie England ist über Nacht zur Ikone des bösen Amerika geworden. Ausgerechnet eine Frau. Eine Soldatin posiert als Calamity Jane vor einem nackten Gefangenen. Sie zielt mit einer imaginären Maschinenpistole auf seine Genitalien. Die Zigarette für danach steckt schon zwischen den Lippen. Kastrieren und genießen. Mehr Bilder werden veröffentlicht, mehr von Lynndie England ist zu sehen. Lynndie England schleift einen Gefangenen mit einem Strick am Hals über den Boden. Lynndie England posiert mit einem Berg nackter Gefangener. Private England bleibt verdächtig lange eine der wenigen Personen, die auf diesen Bildern problemlos identifizierbar ist. Jemand möchte offenbar mit Hilfe von Lynndie England kommunizieren. Was soll das Bild erzählen? Eine Frau kastriert einen Mann. Wie eine Domina, schreibt ein Kommentator. Im kollektiven Bewusstsein ist das Bild Inventar der sexuellen Fantasie, nicht der Realität: Die Domina ist Provokateurin der Angstlust des Mannes. Das Machtverhältnis starker Mann - schwache Frau wird umgedreht, der Mann regrediert zu einem Stadium, in dem die Mutter die Stärkere und Mächtigere war und erlebt mit Schaudern seine Ohnmacht. Aber nur im Spiel. Diese Bilder sind besonders perfide, weil sie mit der Angst des Mannes vor der Domina spielen, in Wahrheit aber eine Bestätigung seiner Macht sind: In der Realität behält der amerikanische Mann die Fäden in der Hand. Nicht der männliche Soldat ist ohnmächtig - der Gefangene ist es, an dem die Ohnmachtsfantasien inszeniert werden. Das System Militär ist nach wie vor eines von männlichen Machtfantasien: Lets fuckem. Der Feind wird penetriert, die Frau wird penetriert. Bei den Worten Frau und Militär assoziiert man das männliche Militär als Täter und den weiblichen Menschen als Opfer, die dazugehörige Situation ist die Verge-

waltung. Die Bilder von Lynndie drehen diese Vorstellung nur scheinbar um. Gerade die Dominanz der Frau sei besonders demütigend für Muslime, schreibt ein mitfühlender Kommentator. Eine interessante Verschiebung. Damenunterwäsche auf dem Kopf, Frauen in Kastrationsposen, auf diese Demütigungsformen wären amerikanische Soldaten nicht gekommen, wenn sie nicht in ihrem eigenen Fantasiereservoir bereit lägen. Gerade das Männlichkeitsbild von Soldaten speist sich aus der Abwertung alles Weiblichen. Sich von einer Frau oder mit ihrer Unterwäsche demütigen lassen zu müssen, heißt, sich von der Unterlegenen quälen zu lassen. Das ist nicht nur die tiefste Demütigung, die muslimische Männer sich ausdenken können. Es ist auch die tiefste Demütigung, die westliche Soldaten sich ausdenken können. Die schwache Frau darf den Gefangenen kastrieren. Und das männliche Militär dokumentiert es. So gelesen wäre Lynndie England ein Instrument des Systems Militär, das sich ihrer bedient, um die größtmögliche Demütigung zu erreichen. Und zwar nicht nur nach dem muslimischen oder arabischen Wertesystem. Nein, nach dem originären Wertesystem der U. S. Army. Nachdem sie diesen Dienst versehen hat, ist die Rolle der Lynndie England vorerst erfüllt, penetriert fährt sie nach Hause, schwanger. Jetzt beginnt die zweite, mediale Karriere. Lynndie England wird nun vorgeführt als das Böse schlechthin, die Umkehrung des Saddam Hussein. Der Teufel ist eine Frau. Eine Frau wird als Bild dafür dienen, dass dieser Krieg in die Hose geht. Es wurden auch weibliche Gefangene vergewaltigt, heißt es. Aber die sehen wir vorerst nicht. Wir sehen nicht die Frau als Opfer, wir sehen nur die Frau als Täterin. Man soll keine Verschwörungstheorien schüren. Aber es ist ungewöhnlich, dass immer nur Lynndie England voll im Bild ist. Kaum spielen Frauen im Militär eine Rolle, sind sie teuflisch. Ist Lynndie England nur eine Inszenierung? Ist sie nicht auch eine Person? Die offenbar Spaß an den Domina-Inszenierungen hatte? Unter dem Bilderberg befindet sich in der Tat eine reale Lynndie England. Eine Soldatin. Eine Frau, von der ihre Jugendfreundin in US-Medien erklärt, sie habe nicht einmal einen Hund derart über die Straße zerren können, wie sie es auf einem Bild mit einem Gefangenen tut. Die Freundin hat eines vergessen: Was eine Armee und ein Krieg aus Menschen in kürzester Zeit machen können. Die US-Armee arbeitet wie jede Armee mit einem Demütigungssystem: Ständige Frustrationen erzeugen Aggression, die nach außen gelenkt wird. Dieses System wirkt auf alle Soldaten gleich. Für Frauen kommt noch eine Portion Extra-Demütigung dazu: Sie haben sich ständig in einem männlich definierten System zu behaupten, das Weiblichkeit abwertet. Der Krieg, das ist die Situation, in der auch dieser Frust sich Bahn brechen kann. Das breite Grinsen der Lynndie England ist das Grinsen der Frau, die einen Mann demütigen darf. Hinter allen Inszenierungen sehen wir das, was der ganz normale Krieg aus ganz normalen Menschen macht: aus Männern und auch aus Frauen.“

- Ungarn schafft Wehrpflicht ab. Mitteldeutscher Rundfunk 16.05.2004, 10:48.
Ungarn zieht keine Wehrpflichtigen mehr ein. Dies teilte Verteidigungsminister Ferenc Juhász nach einer Kabinettsitzung mit. Die im Mai eingezogenen Soldaten sind zugleich die letzten, die zum Dienst an der Waffe verpflichtet wurden. Damit erfüllt die sozialliberale Regierung eine langjährige Forderung des kleineren Regierungspartners SZDSZ. Die aus der Dissidentenbewegung hervorgegangenen Liberalen hatten sich seit der Wende um die Abschaffung der Wehrpflicht bemüht. Bislang war sie jedoch nur schrittweise von einst zwei Jahren auf sechs Monate verkürzt worden. Derzeit dienen noch knapp 6000 wehrpflichtige Ungarn in der Armee. Im November werden die letzten von ihnen entlassen. Juhász kündigte an, man wolle sich würdig von ihnen verabschieden.
- Kein Rückzug aus Irak. Mitteldeutscher Rundfunk 16.05.2004, 10:48.
2005 führt Ungarn im Zuge einer Streitkräftereform eine Berufsarmee ein. Allgemeine Musterungen sollen jedoch weiter durchgeführt werden, und auch Reservisten soll es weiter geben. Juhász erklärte weiterhin, dass Ungarn nicht daran denke, seine Truppen aus dem Irak zurückzuziehen. Derzeit versieht ein 300-köpfiges Transportkontingent seinen Dienst im Irak. Aus Kostengründen werde jedoch eine Beschränkung bei der Teilnahme an verschiedenen UNO-Friedensoperationen erwogen.
- Österreich, H.: Bundeswehr bekommt Quoten(-debatte). taz 01.07.2004, S. 7.
Das Gleichstellungsgesetz für die Bundeswehr, das gestern vom Kabinett verabschiedet wurde, wird wohl noch für einige Aufregung sorgen. Gestern meldeten die ersten PolitikerInnen und auch der Bundeswehrverband Kritik an - aus ganz verschiedenen Richtungen. Ähnlich wie im gesamten öffentlichen Dienst sollen nun auch in den Streitkräften Frauen bei gleicher Qualifikation bevorzugt befördert werden, so lange sie unterrepräsentiert sind. Allerdings be-

trägt die zu erreichende Quote nicht 50, sondern nur 15 Prozent. Das ist der frauenpolitischen Sprecherin der Grünen im Bundestag, Irmgard Schewe-Gerigk, zu wenig. "Im ursprünglichen Entwurf waren es noch 30 Prozent, das wäre für mich das Minimum", so Schewe-Gerigk zur taz. Den Einwand, dass dann ja auf Jahre hinaus Männer keine Chance mehr hätten, lässt sie nicht gelten: "Das würde ja bedeuten, dass Männer immer schlechter qualifiziert sind als Frauen. Davon gehe ich nicht aus." Dem Bundeswehrverband dagegen sind sogar die 15 Prozent noch zu viel: Es gebe eine relativ große Spanne an Qualifikationen, die als "gleich" gelten, so Oberleutnant Katja Roeder zur taz. "Wenn dann von 1.000 Soldaten nur die 150 Frauen befördert werden, dann empfinden auch wir das als ungerecht", sagte Roeder. Der Verband plädiert für ein so genanntes Kaskadenprinzip: Die jeweilige Quote solle sich an dem Anteil der weiblichen Soldaten in der jeweiligen Einheit orientieren. Das wäre eine erheblich kleinere Zahl: Im Durchschnitt sind in den Streitkräften, wenn man die SanitäterInnen herausrechnet, 1,2 Prozent Frauen vertreten. Die CDU dagegen hat das mit der gleichen Qualifikation überhaupt nicht verstanden und erklärte gestern, dass die Quote dazu führe, "dass Frauen automatisch befördert werden, ohne dass sie sich über Eignung, Leistung und Befähigung qualifizieren müssen". Das erklärten die Frauenpolitikerin Annette Widmann-Mauz und der Verteidigungspolitiker Christian Schmidt, gestern unisono. Die CDU will dementsprechend überhaupt keine Quote. Das Gesetz sieht weiterhin vor, dass auf Divisionsebene Gleichstellungsbeauftragte gewählt werden. Eine hauptamtliche Beauftragte wäre dann für mehrere tausend SoldatInnen zuständig, ein um ein vielfaches höherer Schlüssel als im öffentlichen Dienst. Etwa 44 Beauftragte wären damit freizustellen. Den Anspruch auf einen Teilzeitarbeitsplatz für Eltern dagegen begrüßen alle - wobei die Grüne Schewe-Gerigk einen Rechtsanspruch einfordert, und nicht nur das Recht, einen Antrag zu stellen, der dann wieder abgelehnt werden kann.

Die Gefahr, dass Massen von Teilzeiteltern die Truppe lahmlegen könnten, sieht der Bundeswehrverband nicht: "Bei den zu erwartenden Zahlen kann die Einsatzfähigkeit der Streitkräfte bestimmt weiterhin sichergestellt werden", beruhigt Roeder. Bei Auslandseinsätzen allerdings kann das Verteidigungsministerium frei entscheiden, ob es das Gesetz anwenden will. Auch dies monieren Grüne und Bundeswehrverband. "Gerade bei Auslandseinsätzen ist es besonders wichtig, dass Frauen eine Ansprechpartnerin in Person einer Gleichstellungsbeauftragten haben", meint Katja Roeder. Gerade bei solchen Einsätzen hätten Kommandeure bisher schon Ansprechpartnerinnen eingesetzt. Weibliche Berufsbezeichnungen, die laut Gesetz benutzt werden können, werden von den Soldatinnen übrigens strikt abgelehnt. In einer Umfrage sprachen sich 98 Prozent gegen „Hauptfrauen“ und „Feldwebelinnen“ aus. Der Grund: Angst vor dem Spott - der Männer.

- Süddeutsche Zeitung, 30.07.2004.

Auch in Italien geht die Zeit der Wehrpflichtarmee endgültig zu Ende. Am 29. Juli hat das italienische Parlament mit großer Mehrheit beschlossen, die Wehrpflicht mit Ende des Jahres 2004 abzuschaffen und ab dem 1. Januar 2005 eine Freiwilligenarmee einzuführen. Das Abstimmungsergebnis wurde sowohl von den Regierungsparteien als auch von der Opposition begrüßt.

- 59 Ex-Militärs in Venezuela festgenommen. Berliner Zeitung, 02.08.2004, S. 5.

Ein venezolanischer Richter hat die Festnahme von 59 ehemaligen Offizieren angeordnet, weil sie zum Aufstand gegen Präsident Hugo Chavez aufgerufen haben sollen. Am 15. August soll ein Referendum über Chavez' Präsidentschaft stattfinden.

- Tkalec, M.: Frauen sind zu allem fähig und trotzdem sehr anders. Gewalt geht – auch – vom Weibe aus. Berliner Zeitung, 06.08.2004, S. 1.

Frauen sind zu allem fähig. Auch wer es noch nicht am eigenen Leibe erfahren hat, er wird es ahnen. Dennoch findet man es besonders pikant, wenn Frauen an steuerfinanzierten Folterungen beteiligt sind, was im Umkehrschluss so viel heißt wie: Von Männern ist ja nichts anderes als Gewalt zu erwarten, aber eine Frau! Zu dem Namen Lynndie England, der jungen amerikanischen Soldatin, die im Bagdader Gefängnis Abu Ghoreib – eigenen Angaben zufolge aus Spaß – nackte Männer demütigte, kommt jetzt der von Annemette Hommel, einer dänischen Offizierin. Sie soll, ebenfalls im Irak, besonders harte Verhörmethoden angewendet haben – ganz professionell. Sie gehöre „im Hinblick auf Verhörtechniken zu den erfahrensten Soldaten der dänischen Armee“, heißt es und man ahnt dunkel, was das bedeutet. Frauen sind zu allem fähig – das weiß man schon länger, auch aus den Prozessen gegen Irma Grese (Auschwitz-Aufseherin), Hilde Benjamin (DDR-Justizministerin). Deren Brutalität galt im allgemeinen Verständnis lange als Abweichung. Doch ausgerechnet die feministische Psychosozialforschung hat seit den 70er-Jahren am Nachweis

gearbeitet, dass das aggressive Potenzial von Frauen dem der Männer nicht nachsteht. Seither gilt jedes Verhalten als Aggression, das absichtsvoll andere schädigt, verletzt oder zerstört – also körperliche, aber auch verbale und andere psychische Attacken. Nimmt man nun die jüngste Äußerung des Vatikans zur Frauenfrage als Hilfe zur Bewertung der Folter durch Frauen, kommt man zu gegenläufigen Antworten. Erstens: Der PAPST HAT NICHT Recht; Männer und Frauen sind doch gleich. Zweitens: Der Papst hat Recht, denn der gleichmacherische Feminismus macht die Frau zur Bestie. Widerlegt ist in jedem Fall die gynozentrische Variante des Feminismus, die die Vorzüge der Weiblichkeit überbetont. Bestätigt und bestürzt müsste sich die von Alice Schwarzer vertretene Strömung fühlen: Wenn Frauen foltern, ist die traditionelle Rollenverteilung der Geschlechter aufgehoben. Deren Annäherung geschieht, viel friedlicher, überall, sogar in Afghanistan, und man könnte die Frage diskutieren, ob dadurch die Gesellschaft verfräulicht oder vermännlicht – wenn sich die Frauen wie Männer aufführen. Man kann es aber auch lassen und anerkennen:

- Gewalt in Osttimor bleibt ungesühnt. Berliner Zeitung, 07./08.08.2004, S. 7.
Die vier letzten wegen der Gewalt in Osttimor angeklagten Offiziere der indonesischen Streitkräfte sind von einem Berufungsgericht in Jakarta freigesprochen worden. Unter ihnen befand sich auch der ranghöchste Armeeingehörige, der wegen der Vorfälle im Jahre 1999 vor Gericht stand. Die frühere Verurteilung zweier weiterer Armeeeoffiziere sowie eines Polizeigenerals wurde ebenfalls rückgängig gemacht, wie das Gericht weiter bekannt gab.
- Ehlert, S.: Spiel mit dem Feuer. Berliner Zeitung, 09.09.2004, S. 4.
Die sudanesishe Regierung und die beiden Rebellenorganisationen Gerechtigkeits- und Gleichheitsbewegung und Sudan Befreiungsbewegung haben sich auf Friedensgespräche geeinigt. Das erste Treffen soll am 23. August in Abuja, der Hauptstadt Nigerias, stattfinden. Vor einigen Tagen hatte die Afrikanische Staatengemeinschaft sich bereit erklärt, Hunderte, wenn nicht Tausende Soldaten nach Darfur zu schicken. Das war ein gutes Zeichen. Das erste mal waren Afrikaner bereit, selbst gegen einen Massenmord auf ihrem Kontinent vorzugehen. Anfänglich waren 360 Soldaten vorgesehen, doch stattdessen will die Afrikanische Union nächste Woche bis zu 2 500 nach Darfur schicken. Hoffentlich ist das ein Präzedenzfall. Keine Regierung Afrikas kann die eigene Bevölkerung quälen und morden, ohne dass die Nachbarn einschreiten. Das ist die positive Seite des AU-Truppeneinsatzes in Darfur. Millionen Menschen wurden dort vertrieben, 50 000 Menschen wurden umgebracht von arabischen Reitermilizen ebenso wie von Regierungstruppen. Etwa eine halbe Million Opfer sind akut vom Tod durch Hunger und Seuchen bedroht. Ausländische Truppen können da sehr wenig bewirken. Darfur allein ist so groß wie Frankreich. 2 000 Soldaten sind chancenlos, wenn es nicht Eliteeinheiten sind, doch über solche Einheiten verfügen nur Frankreich, die USA und Großbritannien. Dass die nach Irak und Afghanistan in ein drittes muslimisches Land einmarschieren ist undenkbar. Die von Nigeria und Ruanda angebotenen Kräfte können aber noch nicht einmal ohne Hilfe des Westens ihr Einsatzgebiet erreichen. Es fehlt ihnen an Flugzeugen, Hubschraubern, moderner Kommunikationstechnik. Sie haben kein Mandat der Vereinten Nationen, sie wurden bislang nicht von Sudans Regierung eingeladen, und ein Großteil der sudanesischen Bevölkerung scheint jeden Eingriff von außen als Angriff auffassen. Afrikas Soldaten hätten zunächst eine sehr beschränkte Aufgabe. Sie sollen die Beobachter der Afrikanischen Union in Darfur beschützen. Wenn alles gut läuft, werden sie sich im Ernstfall hinter irgendein Mäuerchen verstecken. Dabei eilt beiden Einsatzgruppen ein guter Ruf voraus. Nigeria hat in Westafrika erfolgreich bei Blauhelmeinsätzen mitgemischt. Ruanda verfügt über eine der besten Armeen Zentralafrikas. Sie hat schon vor zehn Jahren bewiesen, dass sie Völkermördern das Handwerk legen kann – im eigenen Land. Ruandas Präsident Paul Kagame hatte schon im April erklärt, er könne keinen weiteren Völkermord in Afrika dulden, er wolle seine Soldaten im Sudan einsetzen. Soweit zu seiner laut geäußerten lauterer Absichten. Tatsächlich aber gilt: Er muss seine Truppen nach dem Abzug aus dem Kongo weiter beschäftigen. Warum also nicht Sudan? Im ungünstigsten Falle werden die Verbände der Afrikanischen Union aufgerieben in dem Zusammenspiel von marodierenden Banden und regulären Truppen des Sudan. Die Reitermilizen sind ein Instrument der Regierung des Sudan. Die Vereinten Nationen haben dem Sudan auferlegt, sie zu entwaffnen. Doch dazu ist die Regierung in Khartum gar nicht in der Lage. Greifen die Einheiten der Afrikanischen Union aktiv in den Konflikt ein, droht ein regelrechter Krieg zu entbrennen. Vor allem Ruandas Soldaten werden weiteren Massakern kaum zuschauen. Wer aber besorgt ihnen Ersatz, Nachschub, Transport? Dazu wäre nur der Westen in der Lage. Wer sich also heute

vorbehaltlos hinter den afrikanischen Truppeneinsatz im Sudan stellt, der ist mitgefangen, mitgehungen. Der Einsatz der Afrikanischen Union in Darfur birgt viele Risiken – auch für die USA und Europa. Die Friedensgespräche könnten diesen Waffengang überflüssig machen.

- Stang, B.: Blutdiamanten finanzieren El Kaida. Berliner Zeitung, 09.08.2004, S. 6.
Bei der Aufklärung der Kriegsgräueltaten im Bürgerkrieg von Sierra Leone sind Ermittler der Vereinten Nationen auf neue Hinweise dafür gestoßen, dass das islamistische Terrornetzwerk El Kaida Ende der 90er-Jahre in großem Stil in den westafrikanischen Diamantenhandel eingestiegen ist. Die Erlöse aus dem Verkauf der so genannten Blutdiamanten könnten später, nachdem die USA als Reaktion auf die Anschläge vom 11. September 2001 Firmenkonten von El Kaida-Sympathisanten gesperrt hatten, sogar als Haupteinnahmequelle der El Kaida-Strukturen gedient haben, mutmaßen Experten. Die für den Sondergerichtshof zu Sierra Leone erstellten Untersuchungsergebnisse sind noch nicht offiziell, doch einer Reihe von US-Zeitungen liegen Kopien des vertraulichen Berichts von Chefermittler David Crane vor. Demnach ist das Terrornetzwerk regelrecht in Geschäftsbeziehungen mit dem ehemaligen liberianischen Militärmachthaber Charles Taylor getreten. Dessen Regime war unmittelbar am Bürgerkrieg in Sierra Leone beteiligt und ist vor dem Sierra Leone-Tribunal als ein Drahtzieher der Kriegsverbrechen in dem westafrikanischen Land angeklagt. Taylor war nach dem Friedensschluss für Liberia im vergangenen Jahr nach Nigeria ins Exil gezwungen worden.
- Abkommen: USA können Thule-Basis ausbauen. Berliner Zeitung, 09.08.2004, S. 6.
Die USA und Grönland haben ihr 1951 geschlossenes Verteidigungsabkommen erneuert. Das Abkommen gestattet den Vereinigten Staaten, die Radaranlagen auf dem US-Luftstützpunkt Thule zu erneuern und auszubauen, damit sie Teil des im Aufbau befindlichen Raketenabwehrsystems werden können.
- Berliner Zeitung, 09.08.2004, S. 10.
Die Mannheimer Unternehmerfamilie Röchling will dem Spiegel zufolge ihren 42-prozentigen Anteil am Rüstungskonzern und Automobil-Zulieferer Rheinmetall verkaufen. Dazu seien Gespräche mit potenziellen Investoren geführt worden, unter ihnen die US-Investmentgesellschaft Carlyle Group.
- Ludwig, U.: Tod eines Sanitäters. DER SPIEGEL 16.08.2004.
Im Kosovo hat ein deutscher Hauptgefreiter im Auto seinen Kameraden erschossen. Zwei weitere Soldaten waren dabei. Die Bundeswehr geht von einem Unfall aus. Doch nun mehren sich die Hinweise, dass es womöglich Mord war - Mord aus Missgunst? (...) Landgericht Halle (...) Markus K. nimmt links vom Richtertisch Platz. Die Augen des Angeklagten sind leicht geschwollen und gerötet, er verschränkt seine Hände wie ein Betender. Direkt gegenüber, neben dem Staatsanwalt, sitzen die Nebenkläger, die Familie Sch. (...) Was die Familie aus Wolfsburg bis heute nicht verarbeiten konnte, soll nun vor der 1. Strafkammer des Landgerichts geklärt werden. Es geht um einen auch für die Bundeswehr ungeheuerlichen, schier unvorstellbaren Vorgang. Der Angeklagte Markus K. hat im Kosovo mit seiner Dienstwaffe seinen Kameraden Sascha Sch., 21, erschossen (...). Möglicherweise geschah das unabsichtlich und aus einem missratenen Spaß heraus - vielleicht war es aber auch Mord. Tötete er den beliebten Zeitsoldaten, weil er ihn nicht mochte? Oder weil er, der Ossi, neidisch auf ihn, den Wessi, war? Was die Geschichte für die Bundeswehr noch unangenehmer macht, ist jener üble Geruch von falsch verstandener Kameraderie, der über dem Fall hängt. Zwei weitere Soldaten waren dabei und schwiegen nachher über wichtige Details der Tötung; offenbar haben sie sogar Vorgesetzte, Staatsanwälte und Richter belogen. Das Drama um den Tod des Sanitäters ist deshalb nicht nur eine Tragödie für die Eltern. Es ist auch eine Geschichte über die Verantwortung der Bundeswehr, die sich offenbar ungenügend um die Ausbildung jener Leute kümmert, die sie in ferne Einsatzgebiete schickt. Und was noch gravierender ist: Die Führung schert sich selbst dann nur wenig, wenn Soldaten ums Leben kommen. Das Drama beginnt am Morgen des 15. Dezember 2001. Vier Bundeswehrsoldaten, die zu den besten im Sanitätseinsatzverband der Kfor zählen, fahren in Prizren mit zwei T-4-Pritschenwagen los, um ein Auto in eine private Werkstatt zu bringen. Auf dem Rückweg soll der Trupp Post vom Feldlager "Airfield" abholen. Am Steuer des Wagens sitzt Sergej M., ein 22-jähriger Hauptgefreiter (...). Auf dem Beifahrersitz hat Sascha Sch. Platz genommen. (...) Hinter Sascha hockt Stephan G. (...) Neben ihm hinten sitzt Markus K., 25, der im Quartett die größte Erfahrung in der Bundeswehr hat. Der Hauptgefreite aus Halle wird als "sehr guter, selbständiger Soldat" eingeschätzt. Er ist einer, der sich, so ein Vorgesetzter, "immer als informeller Führer herauskristallisiert". (...) Was dann im

Auto geschieht, ist bis heute nicht geklärt. Es gibt widersprüchliche Aussagen, zum Teil stimmen die Erzählungen nicht mit der Sitzanordnung im Wagen überein, manchmal korrigieren sich Zeugen und Täter auch. Die drei Soldaten sagen später aus, sie hätten über das übliche Zeug geredet: Frauen, Autos, Gerüchte über Liebesbeziehungen im Lager, man habe viel gelacht. Als der Pritschenwagen eine halbe Stunde später am Nordtor des Feldlagers Airfield ankommt, müssen sie vor der Kontrollstelle warten. Gerade ist der Wagen wieder angefahren, da fällt ein Schuss. Sch. sackt auf dem Beifahrersitz zusammen. Eine Kugel hat ihn an der linken Schulter getroffen, sie durchschlägt seinen Brustkorb und tritt 13 Zentimeter tiefer an der rechten Seite des Körpers wieder aus. Zwei Wachposten ziehen Sch. aus dem Wagen. Er atmet schwer. Wenig später stirbt er an inneren Verletzungen. Die Soldaten beschreiben, dass der Schütze K. verwirrt gewesen sei. "Scheiße, das habe ich nicht gewollt", soll er geschrien haben. Er kommt in die Krankenstation, wo ihn später seine Kameraden M. und G. besuchen. Der Tod des angehenden Feuerwehrmanns, so scheint es, ist einer dieser bedauerlichen Zwischenfälle, die in jeder Armee der Welt vorkommen, weil junge Kerle unvorsichtig mit gefährlichen Waffen hantieren. Die Bundeswehr kann und will sich auch nichts anderes vorstellen. In ihrem Selbstverständnis ist es geradezu undenkbar, dass ein Soldat seinen Kameraden tötet - weder aus einer Laune heraus und schon gar nicht aus Heimtücke oder anderen niederen Motiven. Ebenso unvorstellbar ist, dass zwei Kameraden aus derselben Sanitätseinheit die Tat auch noch decken. Wie üblich bei der Bundeswehr übernimmt zunächst der Rechtsberater des Heeresführungskommandos vor Ort die Ermittlungen. Nach seinen Vernehmungen kommt der Jurist zu einem ersten Ergebnis, das er der deutschen Staatsanwaltschaft faxt: Es habe sich „nach hiesiger Auffassung“ um einen Unfall gehandelt, "bei dem sich infolge fehlerhaften Umgangs mit der Schusswaffe ein Schuss löste“. Für eine "zielgerichtete Tat mit Tötungsabsicht", seien „keine Anhaltspunkte erkennbar“. Was der Bundeswehrmann nach Deutschland sendet, präjudiziert die weiteren Ermittlungen. Die Staatsanwaltschaft in Halle forscht fortan in dieselbe Richtung, sehr oberflächlich allerdings und lückenhaft. Und womöglich wäre das Verfahren längst mit einem geringfügigen Strafbefehl gegen K. abgeschlossen worden, wenn nicht die Eltern der Opfers Rechtsanwälte eingeschaltet hätten, die jeden Schritt des Verfahrens kritisch verfolgen und kommentieren. Am 15. Januar 2003 reicht die Staatsanwaltschaft beim Amtsgericht Halle-Saalkreis eine Anklageschrift gegen Markus K. ein, die sich weitgehend mit der ersten Einschätzung des Rechtsberaters deckt. Der Vorwurf: K. soll durch "Fahrlässigkeit den Tod eines Menschen verursacht" haben, indem er seine Pistole aus dem Holster zog, um schon im Auto eine Sicherheitsprüfung vorzunehmen, die eigentlich erst im Feldlager erlaubt ist. Dabei habe sich aus Versehen der tödliche Schuss gelöst. Doch im Prozess zweifelt der Amtsrichter schnell an der Version vom bedauerlichen Unglücksfall. Die beiden Zeugen, die im Todesauto saßen und die K.s Erzählungen weitgehend stützen, lässt er vereidigen. Zudem tauchen Widersprüche auf. Das Gutachten eines Rechtsmediziners und die Rekonstruktion des Tathergangs im Innenhof des Gerichts beweisen, dass die Schilderungen des Trios nicht stimmen können. Sascha Sch. starb durch einen fast aufgesetzten Schuss, der von oben nach unten in den Körper drang - auf diese Weise verirrt sich keine Kugel, die versehentlich aus einer Pistole abgefeuert wird. Jetzt endlich glauben auch die Staatsanwälte nicht mehr an eine fahrlässige Tötung. (...) Markus K. wird nun Mord vorgeworfen. Er wird festgenommen. Im Haftbefehl heißt es, Sascha Sch. habe dem Schützen "arglos den Rücken zugewandt". Das habe Markus K. "ausgenutzt und den Abzug der Pistole betätigt". Markus K. weiß nun, dass er mit seiner alten Geschichte, die ihm allenfalls eine Geldstrafe eingebracht hätte, nicht durchkommen wird. [Er] (...) präsentiert nun, zweieinhalb Jahre nach der Tat, eine neue Variante: Als Vertrauensmann der Einheit habe er stets nur Gutes im Sinn gehabt, an jenem ominösen Tag habe er Sascha, den er fast "wie seinen eigenen Bruder" geliebt habe, lediglich helfen wollen, einen Komplex zu überwinden. Der ums Leben gekommene Sascha habe Angst gehabt, „von Zivilisten überfallen“ zu werden, behauptet K. Deshalb habe er ihn „aus Blödsinn mit der Pistole erschrecken wollen. Damit alles richtig realistisch aussehe, habe er die Waffe durchgeladen, den Sicherungshebel auf „F“ wie Feuer gelegt und den Abzug betätigt, damit der Kamerad auch das kleine Klicken höre. Er habe nicht damit gerechnet, dass eine Patrone in den Lauf gelangen könne, weil er das Magazin zuvor mit Tesafilm abgeklebt habe. Doch als er sich nicht an Einzelheiten erinnern kann, fährt ihn der Richter an: „Stellen Sie sich doch nicht dümmer an, als es die Polizei erlaubt.“ Inzwischen, sagt der Todesschütze, sei er „wütend ohne Ende“ auf sich selbst, weil er nicht gleich die Wahrheit gesagt habe. Sein Problem ist offensichtlich: Auch wenn er sich jetzt still und zerknirscht gibt, mag ihm niemand mehr so recht glauben.

Sicher ist, dass selbst Offiziere im Kosovo ihre Magazine mit Klebeband sichern, um keine Munition zu verlieren. Aber war der Sanitäter Markus K. wirklich in der Waffenkunde ein so „unerfahrener Soldat“, wie er jetzt sagt, um nicht zu wissen, dass beim Durchziehen des Pistolenschlittens die oberste Patrone trotz Klebeband in den Lauf gelangt? Der Richter Klaus Braun, 63, hält ihm anhand seiner Schießkladde vor, dass er nicht der schlichte Schütze ist, als der er sich präsentiert. Auf Brauns eindringliche Fragen stellt sich auch heraus, dass der Schütze und sein Opfer nicht so dicke Freunde waren, wie der Angeklagte behauptet. Jedenfalls kennt der Mann mit den kurzen, schwarzen Haaren, der schwülstig sagt, der Getötete sei „wie ein Teil von mir gewesen“, kaum Einzelheiten aus dem Privatleben von Sascha. Es ist ein schwieriger Prozess: Die lückenhaften Ermittlungsergebnisse, die Lügen - manchmal lässt Braun erkennen, dass er davon genug hat. Dann schaut er an die Decke oder blafft Zeugen an. Einem der Beifahrer fährt er, als dieser sich wieder einmal an nichts erinnern kann, ruppig an: „Ich habe das dumpfe Gefühl, dass Sie hier den Maurermeister spielen.“ Seine vorgebliche Vergesslichkeit könne auch „zu einem heißen Feuerstuhl für Sie“ werden. Der Verdacht, dass die Soldaten das wahre Geschehen vertuschen wollen, kommt nicht von ungefähr. Die drei waren dicke Kumpel, die sich seit Jahren kannten. Die Clique lag auf einer Stube, und auch die Freizeit verbrachten sie zusammen. Das Opfer Sascha dagegen war der Wessi, der sich (...) bei Vorgesetzten und anderen Kameraden schnell beliebt gemacht hatte. Wollten sie diesen Sonnyboy einschüchtern, und wurde daraus im Auto bitterer Ernst? Fürchtete K. um seine Chefrolle in dem Trio? In einem Gutachten schreibt Andreas Marneros, Leiter der Psychiatrie an der Universität Halle-Wittenberg, der Angeklagte sei ein Mensch, der leicht zu verunsichern sei, ihn plage eine „Angst vor Verlassenheit“. Oder hat Markus K. gar spontan eine geeignete Situation ausgenutzt, um einen unliebsamen Konkurrenten aus dem Weg zu schaffen? In einer Vernehmung sagte [er] (...) aus, dass er im Kosovo entgegen vorhergehenden Zusagen nicht „als Soldat in einem Geschäftszimmer eingesetzt wurde, sondern als Kraftfahrer“. Der vorgesetzte Hauptfeldwebel bevorzugte für „diese vertrauensvolle Aufgabe“ im Geschäftszimmer lieber den jungen Mann aus Wolfsburg. Darüber, sagte der Zeuge G. einmal aus, sei sein Kumpel „sauer“ gewesen. Für Detlev Giesler, einen erfahrenen Strafrechtler aus Braunschweig, der die Nebenkläger vertritt, würden beide Varianten auf eine Verurteilung wegen Mordes hinauslaufen. Denn die Tat sei auf jeden Fall heimtückisch gewesen, weil man „in einem Wagen der Bundeswehr nicht damit rechnen sollte, von einem Kameraden erschossen zu werden“. Richter Braun lässt keinen Zweifel, dass es noch lange dauern wird, bis er den Sumpf aus Unwahrheiten trockengelegt haben wird. Und das wäre wohl auch nur der Beginn einer langwierigen Suche nach weiteren Schuldigen: unter den Soldaten, deren Aussagen dem Tathergang widersprechen. Oder bei der Bundeswehr selbst. Als der Vorsitzende Richter von G. hört, dass er im Kosovo bis zum Todestag kein einziges Schuss- und Sicherheitstraining erhalten hatte, sagt Braun, dies könne „für Vorgesetzte noch gewisse Folgen haben“.

- Hohe Selbstmordrate in israelischer Armee. Frankfurter Allgemeine Zeitung, 22.07.2004, S. 9. In der israelischen Armee kommen die meisten Soldaten nicht bei Militäroperationen, sondern durch Selbstmord ums Leben. Nach einer Studie des israelischen Verteidigungsministeriums, die jetzt von der Zeitung „Maariv“ veröffentlicht wurde, nahm die Zahl der Selbstmorde im Jahr 2003 sogar noch um 30 Prozent zu: 43 Soldaten nahmen sich das Leben, 30 wurden bei Militäreinsätzen getötet. Diese Entwicklung scheint sich fortzusetzen. So wurden im ersten Halbjahr 2004 schon 15 Selbstmorde registriert. In der Armee wurde deshalb Kritik laut, daß es nicht gelungen sei, diese hohe Zahl zu verringern. Der Leiter des israelischen Zentrums für Kindermedizin, Alan Apter, führt die Selbstmorde nicht direkt auf die oft langen Einsätze in den Palästinensergebieten zurück. Vor allem jüngere Soldaten würden während ihres Dienstes, der psychisch und körperlich sehr anstrengend sei, depressiv. Zudem erwarteten viele von sich, sich in der Armee besonders hervorzutun und dadurch ihr Ansehen zu steigern. „Gute Soldaten beklagen sich nie, und deshalb können sie ihre Probleme mit niemanden teilen, nicht einmal das schlimmste“, beobachtet Apter. In Israel sind Männer und Frauen wehrpflichtig und werden oft als Reservesoldaten eingezogen. In den vergangenen Jahren hat die Zahl der Soldaten zugenommen, die sich weigern, in den Palästinensergebieten Dienst zu tun.
- Berliner Zeitung, 17.08.2004, S. 7. Bei nächtlichen Feuergefechten in der von Georgien abtrünnigen Region Südossetien sind zwei georgische Soldaten getötet worden. Das teilte ein Sprecher der gemischt georgisch-ossetisch-russischen Friedenstruppe am Montag in der südossetischen Hauptstadt Zchinwali mit. Berichte

des georgischen Innenministeriums über angeblich 15 Tote bei den Südosseten wurden von der Führung in Zchinwali dementiert.

- Spekulation über Terror-Gipfel von El Kaida. Berliner Zeitung, 17.08.2004, S. 7.
Die USA und Pakistan gehen einem Magazinbericht zufolge davon aus, dass sich Spitzenvertreter der Extremisten-Organisation El Kaida im März in Pakistan zur Planung neuer Anschläge getroffen haben. Auch vor dem Attentat am 11. September 2001 habe es ein ähnliches Treffen gegeben. „Die beteiligten Personen, der Ablauf, die Tatsache, dass ein wichtiger Sprengstoff-Experte an- und wieder abreiste – all das ist extrem aussagekräftig“, sagte Pakistans Präsident Pervez Musharraf dem US-Magazin Time.
- Puma-Beschaffung wird wesentlich teurer. Berliner Zeitung, 17.08.2004, S. 5.
Die Anschaffung der 410 neuen Schützenpanzer „Puma“ wird nach einem Zeitungsbericht mit knapp 3,5 Milliarden Euro annähernd doppelt so teuer wie bisher von der Bundeswehr geplant. Ein Sprecher des Verteidigungsministeriums sagte dazu am Montag, dies sei ein erstes Angebot der Industrie. Jetzt müsse ausgelotet werden, wie die Kosten gesenkt werden können.
- Prozess um den Mord an einer Marinesoldatin. Berliner Zeitung, 18.08.2004, S. 8.
Zu Beginn des Prozesses um den Mord an einer jungen Soldatin auf einem Marineschiff hat der 20-jährige Angeklagte am Dienstag vor dem Kieler Landgericht die Aussage verweigert. Die Staatsanwaltschaft wirft dem Soldaten Nick. W. vor, seine 19 Jahre alte Kameradin Saskia S. am 18. Dezember 2003 erwürgt zu haben, weil sie sich gegen seine Annäherungsversuche gewehrt hatte. Der junge Mann, der zur Tatzeit deutlich angetrunken gewesen sein soll, bestritt die Tat. Nach Angaben der Staatsanwaltschaft wird er jedoch durch eine DNA-Analyse belastet. Entsprechende Spuren seien an der Leiche entdeckt worden
- Kolumbianische Rebellen lehnen Angebot ab. Berliner Zeitung, 24.08.2004, S.6.
Die linken kolumbianischen Farc-Rebellen haben den von Präsident Alvaro Uribe angebotenen Austausch inhaftierter Guerilleros gegen Entführte abgelehnt. Das Angebot sei „unrealistisch und unseriös“, hieß es in einer Erklärung der marxistischen Farc. Uribes Schritt, den die Farc als Wahlkampfmanöver bezeichnet, war von Beobachtern als Kurswechsel gewertet worden.
- Levine, T.: Quantensprung für die Fußtruppen. Berliner Zeitung, 21./22.08.2004, S. 6.
Der Weg in die Zukunft führt in den Keller. In einer gebunkerten Waffenkammer der Infanterieschule der Bundeswehr zeigt Oberstleutnant Wolfgang Althaus von der Gruppe Weiterentwicklung seinen ganzen neuen Stolz. Auf dem Tisch liegt eine relativ unelegante Weste: ein an den Seiten offener Dreiteiler im geflochtenen Fleckentarn-Look, vorne behängt mit allerlei Täschchen. Althoff hantiert am Rückteil und entpackt tragbare Technik: „Hier stecken die Akkus, dort das Funkgerät“. Er zeigt auf den wurmartigen „Sprechsatz“, eine winzige Kombination von Kopfhörer und Mikrofon, 26 Gramm leicht und sonst bei Elton John in Gebrauch. Und dann nestelt Althoff kurz an einem besonders dicklichen Tarnbeutel an der Vorderseite herum, grinst und sagt: „Und das ist der Clou der Sache.“ Die Tasche klappt auf – und ist leer. Recht hat er, auch wenn er noch mal kurz in den Nebenraum gehen muss, den Clou aus der Ladestation zu ziehen. Es ist der NaviPad, ein etwas klobig geratener Handcomputer in olivem Gehäuse, „da drin steckt ein handelsübliches Gerät“, sagt er, nur bundeswehrtypisch schmutz- und wassergeschützt eingepackt. Auf diesem NaviPad soll der „Infanterist der Zukunft“ nachgucken können, wo gerade er selbst ist, wo seine Kameraden, und wo der böse Feind. Er soll, mit anderen Worten, dem Gegner informationstechnisch überlegen sein. Ein Quantensprung in die Zukunft. Im Kosovo und in Kabul, Afghanistan, hat sie schon länger begonnen. Die Bundeswehrsoldaten probieren dort schon seit 2002 aus, wie praktikabel und vorteilhaft die neue Ausstattung ist. Jetzt erst aber kommen die neuesten Kommunikationsmittel zum Einsatz. Das Urteil aus der Praxis bestimmt in Hammelburg jedes Detail. „Nur dann“, gibt Oberst Manfred Graumann, Althoffs Chefs, zu bedenken, „wenn das System gut funktioniert, wird es auch akzeptiert“. Das System. Der General der Infanterie Johann Berger hat keinen Zweifel, dass mit dem „IdZ“ (die Bundeswehr kürzt alles ab, also auch den Infanteristen der Zukunft) für die Fußtruppen das 21. Jahrhundert begonnen hat. Die meisten Komponenten der neuen Ausrüstung hat er selbst ausprobiert: das Nachtsichtgerät am Helm, dem der Schein eines Diodenlämpchen ausreicht, um aus dem Geschehen in einem stockdunklen Keller einen gut ausgeleuchteten Schwarz-Grün-Film zu machen, und mit dem man, was neu ist, auch im Nahbereich sehen kann. Die neue Schutzweste, gut ein Drittel leichter als die alte und lebensrettend, wenn aus einem Meter Entfernung ein Gewehrschuss auf den Bauch abgegeben wird. Die neuen Waffen, die nicht nur leichter sind als die alten, sondern auch leichter und schneller zu bedienen,

auch sie natürlich für den Nachtkampf ausgerüstet. Und das neue Gruppenfunkgerät, das es den zehnköpfigen Infanteriegruppen der Zukunft erlaubt, sich im Flüsterton zu verständigen, selbst wenn sie Hunderte von Metern voneinander entfernt stehen. Berger ist wichtig, dass die Bundeswehr mit diesem High-Tech-System keine menschlichen Kampfmaschinen ausstatte, sondern mitdenkende und –fühlende Soldaten für multikulturelle Krisensituationen. Die Ausrüstung eröffnet den Soldaten neue taktische Optionen und schafft Sicherheit. Berger ist des Lobes voll: „Die Politik, die versprochen hat, das ihre zu tun, um für die Frauen und Männer im Auslandseinsatz maximale Sicherheit zu schaffen, hat Wort gehalten.“ Verteidigungsminister Peter Struck (SPD) hat kürzlich die Planung für die nicht billige Anschaffung (340 000 Euro des Zehnerpack) bestätigt: Beginnend ab Ende 2004 sollen alle aktiven Einsatzkräfte sowie die Division Spezielle Operationen mit dem IdZ-System ausgerüstet werden, ab 2008 dann alle übrigen Infanteristen, die Panzergrenadiere und die, die Anlagen der Luftwaffe und Marine schützen. Warten müssen die Soldaten noch auf die Optimierung des Systems durch ein Transportfahrzeug, das für jeweils zehn Soldaten so etwas wie das „Mutterschiff“ werden soll. Auch das aber ist schon bestellt. So könnte der „IdZ“ in mehrfacher Hinsicht neue Maßstäbe setzen: In sieben Jahren von Entwicklung zur Umsetzung zu kommen, ist für die Bundeswehr revolutionär.

- Aversch, S.: Berichtspflicht für Soldaten. Berliner Zeitung, 26.08.2004, S. 6.
Angesichts der Menschenrechtsverletzungen beim Anti-Terror-Kampf in Irak und Afghanistan hat das Deutsche Institut für Menschenrechte klare Richtlinien für Bundeswehreinätze im Ausland gefordert. Für die deutschen Soldaten sollte die Pflicht eingeführt werden, über Menschenrechtsverletzungen durch Bundeswehrangehörige, aber auch durch Soldaten ausländischer Kontingente zu berichten, empfahl Wolfgang Heinz, der am Mittwoch die Studie „Internationale Terrorismusbekämpfung und Menschenrechte“ vorstellte. Das Institut regte dazu an bei künftigen Einsätzen innerhalb der Bundeswehr eine Instanz zu schaffen, die Bundesregierung und Bundestag kontinuierlich über die Einhaltung von Menschenrechten berichtet. Ein Sprecher des Verteidigungsministeriums sagte, die Berichtspflicht werde als Anregung aufgenommen. Laut Heinz soll auch das internationale System zur systematischen Beobachtung der Menschenrechte gestärkt werden. Damit könnten Menschenrechtsverletzungen verhindert werden. In der Studie beleuchten die Autoren Menschenrechtsverletzungen unter anderem in Afghanistan, Irak und in den USA von Mitte 2003 bis Sommer 2004. Es seien Zonen der Rechtlosigkeit entstanden, beklagte Institutsdirektor Heiner Bielefeldt. „Abu Ghoreib und Guantanamo sind Synonyme geworden für einen Anti-Terror-Kampf, der aus den Rudern gelaufen ist“, sagte er. Den Verlauf dieser Entwicklung, wie sie bisher aus zugänglichen Quellen dokumentiert werden kann, zeigt die Studie auf. So haben die USA ein weltweites System von Lagern errichtet, in denen Verdächtige rechtlos gefangen gehalten werden. Nach wie vor aber sei eine Vielzahl von schweren Kriegsverbrechen nicht aufgeklärt, konstatieren die Verfasser. Auch das Ausmaß der Menschenrechtsverletzungen könne noch nicht abgeschätzt werden. Als Fazit warnte Heinz die Bundesregierung davor, die amerikanische Vorstellung eines globalen Krieges gegen den Terrorismus zu übernehmen. Das US-Verständnis sei fragwürdig, da es in dessen Verlauf zu einer Absage an völkerrechtliche Verpflichtungen gekommen sei. Heinz empfahl der Bundesregierung, generell gegenüber Militäreinsätzen zur Terrorismusbekämpfung zurückhaltend zu sein. Insbesondere soll die Bundeswehr nicht an Auslandseinsätzen unter Federführung der USA teilnehmen. Vielmehr solle bei einem Einsatz ein Mandat der Vereinten Nationen vorliegen, das eine klare Selbstverpflichtung zur Einhaltung der Menschenrechte und des humanitären Einsatz enthalten müsse. Auch solle die Bundeswehr nur an solchen Einsätzen teilnehmen, bei denen Straftaten von einer unabhängigen Justiz untersucht werden. Das Institut regte zudem eine bessere Ausbildung der Bundeswehrsoldaten im Umgang mit Gefangenen an.
- Raketenabwehr bei US-Zivil-Flugzeugen. Berliner Zeitung, 27.08.2004, S. 10.
Die Rüstungskonzerne Northrop Grumman und BEA Systems haben von der US-Regierung Aufträge für die Entwicklung eines Raketenabwehrsystems für zivile Flugzeuge erhalten. Die Konzerne sollen binnen 18 Monaten einen Prototyp zur Abwehr Schulter gestützter Raketen herstellen, so das US-Heimatschutzministerium. Das Volumen betrage je 45 Millionen Dollar (37,2 Millionen Euro).
- Levine, T.: Bundeswehr stellt sich im Kosovo neu auf. Berliner Zeitung, 27.08.2004, S. 6.
Offiziell bleibt man im Bendler-Block bei der bekannten, des Lobes vollen Darstellung: Bei den Unruhen im Kosovo im März dieses Jahres, als sich albanisch-kosovarische Banden brandschatzend über Kloster, Kirchen und Wohnstätten der serbischen Minderheit hermachten, hätten die

deutschen Kfor-Truppen „durch umsichtige Führung und umsichtiges Verhalten der Soldaten den Verlust von Menschenleben verhindert“, hieß es auch an diesem Donnerstag im Bundesverteidigungsministerium. Da hatte freilich schon die Runde gemacht, dass die inoffizielle Sprache bei der Generalität nicht ganz so verständnisvoll klingt. Von einer „Katastrophe“ ist einem Bericht der Frankfurter Allgemeinen Zeitung zufolge in internen Papieren über die Unruhen die Rede. Dabei wird längst nicht nur beklagt, dass es der Bundeswehr wegen mangelnder Ausstattung an Möglichkeiten fehlte, unterhalb des Schusswaffengebrauchs auf die Massendemonstrationen zu reagieren. Hohe Bundeswehr-Offiziere beklagen unter vorgehaltener Hand die Ideenlosigkeit, Unflexibilität und Führungsschwäche der seinerzeit im Kosovo verantwortliche Stäbe. Inzwischen hat die Bundeswehr ihren Kosovo-Einsatz in vielerlei Hinsicht umgestellt. Mitglieder des Verteidigungsausschusses des Bundestages, die den SPD-Vorsitzenden Franz Münterfering in dieser Woche bei einer Reise nach Prizren begleiteten, berichten von neuer Ausrüstung, neuen Einsatzplänen für den Fall von Massenunruhen und verbesserten Schutzmaßnahmen für die serbische Bevölkerungsminderheit „Ich glaube, damit ist die Bundeswehr auf dem richtigen Weg,“ sagte der SPD-Politiker Rolf Kramer am Donnerstag der Berliner Zeitung. Er glaube aber nicht, dass das deutsche Engagement – wie Anfang des Jahres geplant – mittelfristig reduziert werden könne. Aus der Generalität ist zu hören, dass man auch die multinationale Führungsstruktur der Kfor-Truppen auf Vordermann zu bringen versucht. Während der Unruhen habe die Kfor nicht zuletzt deshalb so schlecht ausgesehen, weil sich Führungsoffiziere eher um die nationalen Belange ihrer Truppe gekümmert hätten als die verschiedenen Kontingente zu koordinieren. Jetzt würden von den Stäben alle vierzehn Tage Einsätze geübt. Wie es im Kosovo weitergehen wird, bleibt aber offen. Rolf Kramer forderte die Bundesregierung auf, ihre politische Strategie im Kosovo zu verändern. Die bisherige Idee, den Status des Landes erst zu diskutieren, wenn gewisse Standards eingehalten werden, sei „nicht durchsetzbar“, so Kramer. Die FDP forderte die Regierung auf, das Parlament umgehend über die Situation im Kosovo zu informieren.

- Süddeutsche Zeitung, 01.09.2004.
Deutschland und die Tschechische Republik planen eine gemeinsame militärische Eingreiftruppe im Rahmen der Europäischen Union. Die Einheit soll ca. 1500 Soldaten umfassen und bis zum Jahr 2007 im Rahmen einer gemeinsamen europäischen Verteidigungspolitik entstehen. Derzeit sollen bereits Konsultationen auf Expertenebene laufen.
- Deutsches Aufbauteam in Faisabad nimmt Dienst auf. Berliner Zeitung, 02.09.2004, S. 6.
Die ersten 30 Soldaten des zweiten deutschen Wiederaufbauteams in Afghanistan haben am Mittwoch in Faisabad offiziell ihren Dienst aufgenommen. Die Sollstärke von 85 Mann soll in wenigen Monaten erreicht werden.
- EU bietet Polizeitruppe für Darfur an. Berliner Zeitung, 06.09.2004, S. 6.
Die EU erwägt, eine eigene Polizeieinheit in die Krisenregion Darfur in Sudan zu entsenden. Voraussetzung dafür sei aber, dass die Afrikanische Union die EU darum bitte, sagte der EU-Ratsvorsitzende und niederländische Außenminister Bernard Bot bei einem Treffen die Ressortchefs am Wochenende in Valkenburg. Sie könnte aus 25 bis 40 Beamten bestehen.
- Indien und Pakistan führen Friedensgespräche. Berliner Zeitung, 06.09.2004, S. 6.
Die Außenminister Indiens und Pakistans haben am Sonntag in neu Delhi die höchstrangigen Gespräche seit Beginn des Friedensprozesses zwischen den beiden Atommächten aufgenommen. Beim Streitthema – der geteilten Region Kaschmir – wird kein Durchbruch erwartet.
- Regierung genehmigt U-Boot-Lieferung an Israel. Berliner Zeitung, 09.09.2004, S. 6.
Die Bundesregierung will Verteidigungsminister Peter Struck (SPD) zufolge die von Israel gewünschte Lieferung zweier U-Boote genehmigen und den künftigen deutschen Werftenverbund aus den Thyssen-Krupp Werften im Emden und Hamburg mit der Howaldtswerke Deutsche Werft in Kiel durch solche milliardenschwere Aufträge unterstützen. Deutschland sei selbstverständlich bereit, Israel bei dem Erwerb zu helfen, sagte Struck dem Handelsblatt. Politisch sei dies kein Problem, weil Israel die U-Boote im Küstenschutz einsetzen wolle. Eine Finanzierung aus dem Verteidigungsetat sei aber nicht möglich.
- Bundeswehr darf Tränengas benutzen. Berliner Zeitung, 09.09.2004, S. 6.
Die Bundeswehr kann bei ihren Auslandseinsätzen künftig auch Tränengas einsetzen. Der Bundestag machte dafür am Mittwoch mit einer Änderung des Ausführungsgesetzes zum Chemiewaffenübereinkommen den Weg frei. Hintergrund sind die ethnischen Unruhen im Kosovo vom März

dieses Jahres, bei denen andere ausländische Kfor-Einheiten eine aufgebrauchte Menge durch den Einsatz von Tränengas zerstreute. Die Bundeswehr durfte bisher nicht darauf zurückgreifen.

- Germund, W.: Vorwürfe gegen Bundeswehrsoldaten. Berliner Zeitung, 14.09.2004, S. 6.
„Wegrennen statt schützen“ - nach diesem Motto handelte offenbar das rund 90-köpfige Bundeswehr-Kontingent im nordafghanischen Faisabad. Als am Dienstag vergangener Woche ein Mob von etwa 1 000 Demonstranten das Gebäude der Schweizer Hilfsorganisation Medair in der Stadt stürmen wollte, griff eine schwer bewaffnete Patrouille der deutschen Truppe nicht ein. Sie verzog sich lieber hinter die Befestigungen des eigenen Stützpunkts und überließ es 25 afghanischen Polizisten, allein die Menge unter Kontrolle zu bringen. Erst einen Tag später trafen Einheiten der neuen afghanischen Nationalarmee ein, um den bedrängten Polizisten zu helfen. Zu dem Aufruhr war es gekommen, nachdem vier ohnmächtige Afghaninnen von Medair ins Krankenhaus eingeliefert wurden. Sofort entstand das Gerücht, die vier seien unter Drogen gesetzt und vergewaltigt worden. Die Menge griff außer dem Medair-Gebäude auch Gebäude der Agha-Khan-Stiftung an, ohne dass die Polizei dies verhindern konnte. Die etwa 30 deutschen Soldaten nahmen beim Rückzug auch ihren Krankenwagen mit, während zwei ausländische Mitarbeiter des Hilfswerks verprügelt wurden und dabei Verletzungen am Kopf und den Schultern erlitten. „Entgegen anders lautenden Berichten hat das Bundeswehr-Team die Mitarbeiter von Medair nicht aus dem Mob herausgeholt“, sagte am Montag der Medair-Vertreter Mark Campbell in Kabul der Berliner Zeitung. „Aber die Truppen haben hervorragende medizinische Betreuung geleistet, nachdem die Verletzten von uns zum Stützpunkt gebracht worden waren.“ Das Bundesverteidigungsministerium wies die Vorwürfe zurück. Ein Erkundungstrupp sei unmittelbar nach Bekanntwerden der Unruhen ausgerückt, sagte ein Ministeriumssprecher in Berlin. Beim Eintreffen der Soldaten hätten sich die Unruhen bereits in Auflösung befunden. Zudem seien afghanische Sicherheitskräfte im Einsatz gewesen, die die Situation geregelt hätten. Die Afghanistan-Schutztruppe Isaf, unter deren Kommando die Regionalteams (PRT) in Kundus und Faisabad stehen, sah am Montag keinen Anlass, das Verhalten der Bundeswehr-Soldaten zu kritisieren. Die Ereignisse der vergangenen Woche legen den Schluss nahe, dass die Bundeswehr in Faisabad überfordert ist – und das, obwohl die Soldaten vor ihrem Abflug nach Afghanistan in der Heimat eigens für Zwischenfälle wie jenen am vergangenen Dienstag geschult werden. Mitarbeiter von Hilfswerken fragen sich, welchen Sinn der Einsatz ausländischer Truppen am Hindukusch hat. Sie fühlen sich im Stich gelassen. Wie wenig Sicherheit es für sie in Afghanistan gibt, zeigte sich auch in Herat, wo die Absetzung des Gouverneurs durch die Zentralregierung am Wochenende blutige Unruhen provozierte. Am Montag verkündeten die UN den Abzug ihres gesamten Personals aus der Provinz. Die „Ärzte ohne Grenzen“ haben sich nach mehr als 20 Jahren Arbeit im Lande völlig aus Afghanistan zurückgezogen. Das Hilfswerk zog damit die Konsequenz aus dem Mord an fünf Mitarbeitern in der Provinz Bagdis – vor allem aber aus der Reaktion der Behörden: Denn obwohl die Isaf-Schutztruppe und die Regierung die vermutlichen Täter identifizierten, wurde bislang niemand zu Verantwortung gezogen. Stattdessen durfte ein Minister erklären: „Alle Afghanen wären froh, wenn die Hilfsorganisationen abziehen würden.“ Der Mann ist immer noch im Amt.
- Ab dem 1. Oktober 2004 dauert der Zivildienst in Deutschland ebenso wie der Grundwehrdienst nur noch neun Monate. Gleichzeitig wird die Altergrenze zur Heranziehung von Dienstpflichtigen (Wehr- und Zivildienst) vom 25. auf das 23. Lebensjahr gesenkt. Das Gesetz ist noch nicht rechtskräftig, da der Bundesrat seine Behandlung im Vermittlungsausschuss verlangt hat.
- Im August 2004 hat das Eurokorps das Kommando über die Afghanistan-Schutztruppe ISAF übernommen. Etwa 350 Soldaten des multinationalen Stabes aus Strasbourg führen für sechs Monate unter dem Befehl des derzeitigen Kommandierenden Generals des Eurokorps, Generalleutnant Py, ca. 6500 Soldaten aus 33 Länder. Es ist der erste Einsatz des Eurokorps außerhalb von Europa.
- Ein Hauptfeldwebel der Bundeswehr ist wegen Quälerei von Untergebenen zu einer elfmonatigen Gefängnisstrafe auf Bewährung verurteilt worden. Das Amtsgericht Neustadt sah es als erwiesen an, dass der Soldat im Fliegerhorst Wunstorf in 35 Fällen Soldaten misshandelt und in elf Fällen entwürdigend behandelt hatte. Mit dem Urteil entsprach das Gericht den Forderungen des Staatsanwaltes.
- Soldaten der irakischen Armee sollen schon bald von der Bundeswehr ausgebildet werden. Wenn man einer Meldung in Heft 9 von Loyal glauben darf, plant das deutsche Verteidigungsministerium die Entsendung von deutschen Soldaten in die Vereinigten Arabischen Emirate zur Ausbil-

dungsunterstützung in den Bereichen Straßen- und Brückenbau, Kampfmittelbeseitigung und Lastwageninstandsetzung. Dazu würden etwa 100 gebrauchte Lkw und weiteres Ausbildungsgerät aus Bundeswehrbeständen in die Emirate zur Bereitstellung der Infrastruktur transportiert.

- Im Irak ist der 1000. US-Soldat seit Kriegsbeginn im März 2003 umgekommen. Der Marine fiel bei Gefechten in Bagdad. Nur drei Viertel der US-Soldaten im Irak starben bei Kämpfen, der Rest durch Unfälle, Krankheit oder Freitod, Kriege und ihre Opfer haben die US-Gesellschaft in der Vergangenheit stark geprägt. Ein Überblick: Im Kampf um die Unabhängigkeit (1776-1783) sterben 25 324 Amerikaner. Im US-Bürgerkrieg (1861-1865) kommen 500 000 Soldaten ums Leben. Im ersten Weltkrieg sterben auf Seiten der US-Truppen 116 708 Soldaten. Im Zweiten Weltkrieg lassen 407 316 US-Soldaten ihr Leben. Im Korea-Krieg (1950-1953) sterben 52 246 US-Soldaten. Im Vietnam-Krieg (1964-1973) zählt die US-Armee nach offiziellen Angaben 58 151 Gefallene. Im ersten Golfkrieg (1991) sterben 200 US-Soldaten.

NEUERSCHEINUNGEN

Barth, Reinhard (2004). Frauen, die Geschichte machten. Von Hatschepsut bis Indira Gandhi. Darmstadt: Primus.

Bassam, Tibi (2004). Der neue Totalitarismus. Heiliger Krieg und westliche Sicherheit. Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft.

Bello, Walden (2004). De-Globalisierung: Widerstand gegen die neue Weltordnung. Hamburg: VSA.

Busch, Peter (2003). All the Way with JFK? Britain, the US, and the Vietnam War. Oxford et al.: Oxford University Press.

Conze, Eckart/Nicklas, Thomas (Hrsg.) (2004). Tage deutscher Geschichte. Von der Reformation bis zur Wiedervereinigung. München: DVA.

Deutsche Bundeswehr (2003). St. Augustin: CPM communication Presse Marketing GmbH.

Digutsch, Gunnar (2004). Das Ende der Nationalen Volksarmee und der Aufbau der Bundeswehr in den neuen Ländern. Frankfurt am Main et al.: Peter Lang.

Ehrhardt, Hans-Georg/Schmitt, Burkard (2004). Die Sicherheitspolitik der EU im Werden. Baden-Baden: Nomos.

Ferguson, Niall (2004). Das verleugnete Imperium. Chancen und Risiken amerikanischer Macht. Berlin: Propyläen.

Förstenrechner, G.C.F. (2004). Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Frankfurt/Main: Report-Verlag.

Giessmann, Hans J. (Hrsg.) (2004). International Security in a Time of Change. Threats – Concepts – Institutions. Festschrift für Adam Daniel Rofteld. Baden-Baden: Nomos.

Giessmann, Hans J. (Hrsg.) (2004). Dem Frieden dienen. Zum Gedenken an Prof. Dr. Dr. Dieter S. Lutz. Baden-Baden: Nomos.

Groß, Jürgen (Hg.) (2004). Europäische Sicherheit und Zukunft der Bundeswehr: Analysen und Empfehlungen der Kommission am IFSH. Baden-Baden: Nomos.

Hauser, Gunther (2004). Sicherheitspolitik und Völkerrecht. Frankfurt am Main et al.: Peter Lang

Hersh, Seymour (2004). Die Befehlskette: Vom 11. September bis Abu Ghraib. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt.

Kirkels, Harry/Klinkert, Wim/Moelker, René (Hg.) (2003). Officer Education. The Road to Athens (NL ARMS. Netherlands Annual Review of Military Studies 2003). Breda: Royal Netherlands Military Academy.

Knop, Katharina von (2004). Die Quellen der Macht von Al Qaida. Aus der Perspektive der Theorie des Institutionalismus nach Robert Keohane. Frankfurt am Main et al.: Peter Lang.

Krautkrämer, Elmar (2003). Krieg ohne Ende? Israel und die Palästinenser – Geschichte eines Konflikts. Dramstadt: Primus.

Kubitschek, Götz/Weissmann, Karlheinz (Bearbeiter) (2004). Im Gespräch mit Brigadegeneral Reinhard Günzel: Und plötzlich ist alles politisch. Mit einem Vortrag über das ‚Ethos des Offiziers‘. Albersroda: Edition Antaios.

Kutz, Martin (Hrsg.) (2004). Gesellschaft, Militär, Krieg und Frieden im Denken von Wolf Graf von Baudissin. Baden-Baden: Nomos.

Mailer, Norman (2003). Heiliger Krieg. Amerikas Kreuzzug. Reinbek: Rowohlt.

- Mallmann, K.-M., Paul, G. (Hrsg.) (2004). Karrieren der Gewalt. Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft.
- Richter, Walter (2004). Der Militärische Nachrichtendienst der Nationalen Volksarmee der DDR und seine Kontrolle durch das Ministerium für Staatssicherheit: Die Geschichte eines deutschen Geheimdienstes. 2. überarbeitete Auflage. Frankfurt am Main et al.: Peter Lang.
- Rittberger, Volker (Hrsg.) (2004). Weltpolitik heute. Grundlagen und Perspektiven. Baden-Baden: Nomos.
- Ruloff, Dieter (Hg.) (2004). Welche Weltordnung? Zürich: Rüegger.
- Salewski, Michael/Timmermann, Heiner (Hg.) (2004). Armeen in Europa – europäische Armeen: Von den Kreuzzügen bis ins 21. Jahrhundert. Münster: LIT.
- Scheit, Gerhard (2004). Suicide Attack: Zur Kritik der politischen Gewalt. Freiburg im Breisgau: cara-ira-Verlag.
- Schweizer, Christine/Aust, Björn/Schlotter, Peter (Hrsg.) (2004). Demokratien im Krieg. Baden-Baden: Nomos.
- Sofsky, Wolfgang (2004). Operation Freiheit – Der Krieg im Irak. Frankfurt/Main: Fischer.
- Sutor, Bernhard (2004). Vom gerechten Krieg zum gerechten Frieden? Stationen und Chancen eines geschichtlichen Lernprozesses. Schwalbach am Taunus: Wochenschau-Verlag.
- Vorländer, Hans (Hg.) (2004). Gewalt und die Suche nach weltpolitischer Ordnung. Baden-Baden: Nomos.
- Wolfrum, Edgar (Hrsg.) (2004). Die Deutschen im 20. Jahrhundert. Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft.
- Woods, Randall B. (Hg.) (2003). Vietnam and the American Political Tradition. The Politics of Dissent. Cambridge et al.: Cambridge University Press.

In der Schriftenreihe der Hessischen Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK) sind die folgenden Berichte erschienen:

Report 2 / 2004: Katja Freistein: Reine Rhetorik? Die Vision einer ASEAN-Gemeinschaft

Report 1 / 2004: Semiramis Akbari: Iran zwischen amerikanischem und innenpolitischem Druck. Rückfall ins Mittelalter oder pragmatischer Aufbruch?

Bei der Forschungsstelle für Sicherheitspolitik der ETH Zürich und der Militärakademie an der ETH Zürich ist in der von K. W. Haltiner und A. Wenger herausgegebenen jährlichen Erhebungsreihe „Sicherheit“ die Ausgabe „Sicherheit“ 2004 erschienen. Sie wurde wie immer von den beiden Herausgebern der Reihe und zusätzlich von Jonathan Bennett und Tibor S. Tresch verfasst und beruht auf Umfragen in der Schweiz im Februar und einer kleineren Zweiterhebung im März nach den Anschlägen von Madrid. Zu ihrem Inhalt schreiben die Herausgeber der Reihe: „Im Vergleich zum Vorjahr ist die allgemeine Stimmung hinsichtlich der Weltlage und der Zukunft des Landes wieder etwas heiterer, die Euroskepsis hingegen ungebrochen. Während man sich im eigenen Land sicher fühlt, werden Gefährdungen der persönlichen Sicherheit im Zusammenhang mit der Terrorbedrohung wahrgenommen, aber im Vergleich zu erstrangigen Sorgen, wie etwa der sozialen Sicherheit, nicht als schwerwiegend eingeschätzt. Bei der Inneren Sicherheit, der dieses Jahr mehr Raum gegeben wird als in früheren Studien, sind Forderungen nach mehr Kontrolle und Überwachung auffallend.“

Die Reihe „Sicherheit“ sowie die anderen Publikationen der Forschungsstelle für Sicherheitspolitik und der Militärakademie sind sowohl als Buch als auch auf dem World Wide Web im Volltext verfügbar: www.fsk.wthz.ch/www.milak.ethz.ch